Nationales Recht zum EPÜ

Übersicht über in den Vertragsstaaten geltende Rechtsvorschriften und Erfordernisse für europäische Patentanmeldungen und Patente

Informationsbroschüre des Europäischen Patentamts
3. Auflage Mai 1983

Nationales Recht zum EPÜ

Übersicht über in den Vertragsstaaten geltende Rechtsvorschriften und Erfordernisse für europäische Patentanmeldungen und Patente

Inhaltsverzeichnis

A Einleitung 3

B Abkürzungen 5

I Nationale Rechtsgrundlagen 7

II Einreichung europäischer Patentanmeldungen gemäß Artikel 75 Absatz 1b und 2 EPÜ 19

III A Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ) 25, 26

III B Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67(3) EPÜ 25, 28

IV Einreichung von Übersetzungen der Patentschrift nach Artikel 65 EPÜ 35

V Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents (Artikel 70 EPÜ) 43

VI Zahlung von Jahresgebühren für europäische Patente 45

VII Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente 53

VIII Zahlung von Gebühren 59

IX Verschiedenes 65

Herausgeber

Europäisches Patentamt
Erhardtstr. 27
D – 8000 München 2
Telefon: (089) 2399-0
Telex: 523656 epmu d

Verlag

Wila Verlag für Wirtschaftswerbung
Wilhelm Lampl
D – 8000 München 21

Druck

Joh. Roth sel. Ww. GmbH
D – 8000 München 21
Printed in Germany

A Einleitung

Das mit dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) geschaffene zentralisierte, grundsätzlich autonome und einheitliche Verfahren zur Erteilung europäischer Patente ist in besonderer Weise mit dem nationalen Patentrecht der Mitgliedsstaaten der Europäischen Patentorganisation verknüpft. Das europäische Patenterteilungsverfahren weist in verschiedenen Stadien „Schnittstellen" zur nationalen Rechtsordnung der Vertragsstaaten auf, die für ein reibungsloses Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht unabdingbar sind. Nach seiner Erteilung hat das europäische Patent in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt worden ist, dieselbe Wirkung und unterliegt denselben Vorschriften wie ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent, soweit sich aus dem EPÜ nichts anderes ergibt (Artikel 2 Absatz 2 EPÜ).

Diese Schnittstellen sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß der europäische Patentanmelder oder Patentinhaber bei Einleitung, im Verlauf oder nach Abschluß des europäischen Erteilungsverfahrens gewisse Handlungen vor den Patentbehörden der Vertragsstaaten vornehmen muß oder kann, um bestimmte Rechte in den Vertragsstaaten zu erlangen oder zu erhalten. Kenntnis und sorgfältige Beachtung solcher durch das nationale Recht vorgeschriebenen Verfahrenshandlungen und ihrer Wirksamkeitsvoraussetzungen sind daher für alle europäischen Anmelder und Patentinhaber von ausschlaggebender Bedeutung, wenn die Vorteile des europäischen Patentsystems voll ausgeschöpft und Rechtsverluste vermieden werden sollen.

Mit der vorliegenden Broschüre will das Europäische Patentamt einen Beitrag leisten, der es den europäischen Patentanmeldern und Patentinhabern sowie allen am europäischen Patentsystem Interessierten ermöglichen soll, sich über die für europäische Patentanmeldungen und Patente relevanten Vorschriften und Erfordernisse des nationalen Rechts der Vertragsstaaten schnell und zuverlässig zu informieren. Sie soll gewissermaßen als „Wegweiser zum Euro-Patentrecht der Vertragsstaaten" dienen und damit den Leitfaden für Anmelder „Der Weg zum europäischen Patent" ergänzen. Die in den nachstehenden Tabellen wiedergegebenen Übersichten sind in enger Zusammenarbeit mit den für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erstellt worden. Für ihre tatkräftige Unterstützung und zahlreiche wertvolle Anregungen möchte das EPA sich an dieser Stelle besonders bedanken.

Obwohl wir größte Sorgfalt auf die Ausarbeitung der Übersichten verwandt haben, kann für absolute Vollständigkeit und Richtigkeit der in den Tabellen enthaltenen Angaben keine Gewähr übernommen werden. Schon aufgrund ihres summarischen, sich auf das Notwendigste konzentrierenden Charakters sollen und können die Übersichten eine Konsultation der einschlägigen nationalen Rechtsquellen und gegebenenfalls fachkundige Beratung durch hierzu befugte Personen nicht ersetzen. Schließlich sind auch Patentrecht und Patentpraxis der Vertragsstaaten trotz der jüngsten, meist tiefgreifenden Reformen keine statischen Erscheinungen, sondern stetigem Wandel, notwendiger Fortentwicklung unterworfen. Folglich kann nicht einmal im Zeitpunkt des Erscheinens dieser Broschüre mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die den Übersichten zugrundeliegenden Rechtsvorschriften unverändert geblieben sind. Vor allem sollte der Benutzer dieser Broschüre nicht darauf vertrauen, daß die in den Übersichten an zahlreichen Stellen angegeben Beträge von Amtsgebühren dem aktuellen Stand entsprechen. Die amtlichen Publikationen der Vertragsstaaten sollten daher stets ergänzend zu Rate gezogen werden, um sich über die Entwicklung des nationalen Rechts und der Amtspraxis auf dem laufenden zu halten. Das EPA wird wie schon bisher über die Rechtsentwicklung in den Vertragsstaaten auch in seinem Amtsblatt regelmäßig und möglichst aktuell berichten.

Angesichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der für europäische Patentanmeldungen und Patente maßgebenden Rechtsvorschriften der einzelnen Vertragsstaaten und der noch kaum gefestigten Praxis der nationalen Patentbehörden und Gerichte mit ihrer Anwendung ist sich das EPA bewußt, daß diese Übersicht nur einen ersten Schritt darstellt, mithin ständiger Verbesserung und Präzisierung bedürfen wird, um ihrer Zielsetzung gerecht zu werden. Kritik und Vorschläge sind daher jederzeit willkommen.

Europäisches Patentamt Oktober 1981

B Abkürzungen

(siehe auch Tabelle I Spalte 4)

ABl.	Amtsblatt des Europäischen Patentamts
AS	Sammlung der eidgenössischen Gesetze
AT	Österreich
BAGE	Bundesamt für geistiges Eigentum
BE	Belgien
BGBl.	Bundesgesetzblatt
Bl.f.PMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BOPI	Bulletin officiel de la propriété industrielle – Brevets d'invention
CH	Schweiz
DE	Bundesrepublik Deutschland
DPA	Deutsches Patentamt
EPA	Europäisches Patentamt
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
FR	Frankreich
ggf.	gegebenenfalls
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
G.U.	Gazzetta Ufficiale
i.d.F.	in der Fassung
INPI	Institut national de la propriété industrielle
IP	Industrial Property
IPLT	Industrial Property – Laws and Treaties
IT	Italien
J.O.	Journal Officiel de la République Française
LGBl.	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
LI	Liechtenstein
LTPI	Lois et traités de propriété industrielle
LU	Luxemburg
NL	Niederlande
PIBD	Propriété industrielle Bulletin documentaire
SE	Schweden
SFS	Svensk författningssamling
SI	Statutory Instruments
SR	Systematische Rechtssammlung (Schweiz)
Stb	Staatsblad
UK	Vereinigtes Königreich

I. Nationale Rechtsgrundlagen

Diese Tabelle enthält – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Zusammenstellung wichtiger nationaler Rechtsquellen (Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc.) in den Vertragsstaaten, die für europäische Patentanmeldungen und Patente von Bedeutung sind und auf die in den nachfolgenden Tabellen größtenteils auch Bezug genommen wird. Diese Rechtsquellen sind mit dem offiziellen Titel in der Amtssprache des betreffenden Vertragsstaats wiedergegeben. Darunter ist – soweit erforderlich – in eckigen Klammern und in Kursivschrift die Übersetzung in der Amtssprache des EPA angegeben, in der die vorliegende Übersicht veröffentlicht ist. Bei Staaten mit mehreren Amtssprachen wurde, um diese Tabelle nicht zu umfangreich zu gestalten, der „Originaltitel" nur in der Sprache angegeben, die zugleich eine der Amtssprachen des EPA ist.

Die Daten des Inkrafttretens der einzelnen Rechtsquellen wurde nicht aufgenommen, da dies, insbesondere in den Fällen, in denen einzelne Artikel bestimmter Gesetze und Verordnungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft getreten sind, die Übersichtlichkeit der Tabelle beeinträchtigt hätte.

Soweit dem EPA Übersetzungen der aufgeführten Rechtsquellen in einer seiner Amtssprachen bekannt sind, ist auf die entsprechenden Fundstellen hingewiesen. Es sei jedoch bemerkt, daß diese Übersetzungen nicht immer dem letzten Stand der nationalen Gesetzgebung entsprechen und stets nur der Wortlaut in der sich aus den amtlichen Publikationsorganen ergebenden Originalfassung verbindlich ist.

Die in den nachfolgenden Tabellen benutzten Abkürzungen sind aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit gewählt worden. Sie sind nicht in jedem Fall mit amtlichen Abkürzungen der Vertragsstaaten identisch.

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Belgien	1. Loi du 8 juillet 1977 portant approbation des actes internationaux suivants : 1. Convention sur l'unification de certains élèments du droit des brevets d'invention, faite à Strasbourg le 27 novembre 1963 ; 2. Traité de coopération en matière de brevets, et Règlement d'exécution, faits à Washington le 19 juin 1970 ; 3. Convention sur la délivrance de brevets européens (Convention sur le brevet européen), Règlement d'exécution et quatre Protocoles, faits à Munich le 5 octobre 1973 ; 4. Convention relative au brevet européen pour le Marché commun (Convention sur le brevet communautaire), et Règlement d'exécution, faits à Luxembourg le 15 décembre 1975	Moniteur belge du 30.9.77		
	[1. Gesetz vom 8. Juli 1977 über die Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: *1. Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, unterzeichnet in Straßburg am 27. November 1963* *2. Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens sowie die Ausführungsordnung, unterzeichnet in Washington am 19. Juni 1970* *3. Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen), Ausführungsordnung und vier Protokolle, unterzeichnet in München am 5. Oktober 1973* *4. Übereinkommen über das europäische Patent für den gemeinsamen Markt (Gemeinschaftspatentübereinkommen) und Ausführungsordnung, unterzeichnet in Luxemburg am 15. Dezember 1975]*		Bl. f. PMZ 1978, 276 (Deutsch) IPLT BE 2-001 (Englisch)	Ges. v. 8.7.77
	2. Loi du 26 juin 1978 modifiant la loi du 24 mai 1854 sur les brevets d'invention et la loi du 30 décembre 1925 portant modification des lois relatives aux brevets d'invention, aux marques de fabrique et de commerce, aux dessins et modèles industriels et à la propriété industrielle en général	Moniteur belge du 30.9.78		
	[2. Gesetz vom 26. Juni 1978 zur Änderung des Gesetzes vom 24. Mai 1854 über die Erfindungspatente und des Gesetzes vom 30. Dezember 1925 zur Änderung der Gesetze über Erfindungspatente, Fabrik- und Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle und über das gewerbliche Eigentum im allgemeinen]		Bl. f. PMZ 1979, 138 (Deutsch)	Ges. v. 26.6.78
	3. Loi du 4 août 1955 concernant la sûreté de l'Etat dans le domaine de l'énergie nucléaire	Moniteur belge du 19.8.55		
	[3. Gesetz vom 4. August 1955 über die Sicherheit des Staates auf dem Gebiet der Atomenergie]		–	–
	4. Loi du 10 janvier 1955 relative à la divulgation et à la mise en œuvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat	Moniteur belge du 26.1.55		
	[4. Gesetz vom 10. Januar 1955 über die Bekanntgabe und den Gebrauch von Erfindungen und Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen, die die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates berühren]		Bl. f. PMZ 1955, 346 (Deutsch)	–

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Belgien	5. Loi du 30 décembre 1925 portant modification des lois relatives aux brevets d'invention, aux marques de fabrique et de commerce, aux dessins et modèles industriels et à la propriété industrielle en général, modifiée en dernier lieu par la loi du 26 juin 1978 (voir n° 2)	Moniteur belge du 2.–3.1.26		
	[5. Gesetz vom 30. Dezember 1925 zur Änderung der Gesetze über Erfindungspatente, Fabrik- und Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle und über das gewerbliche Eigentum im allgemeinen, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Juni 1978 (siehe Nr. 2)]		–	–
	6. Loi du 24 mai 1854 sur les brevets d'invention, modifiée en dernier lieu par la loi du 26 juin 1978 (voir n° 2)	Moniteur belge du 25.5.1854		
	[6. Gesetz vom 24. Mai 1854 über Erfindungspatente, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Juni 1978 (siehe Nr. 2)]		Bl. f. PMZ 1944, 72 und 1965, 262 (Deutsch) IP 1944, 73 (Englisch)	PatG
	7. Arrêté royal du 24 mai 1854 réglant l'exécution de la loi sur les brevets, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 10 mai 1982 (voir aussi : arrêté royal du 20 décembre 1965)	Moniteur belge du 25.5.1854, 2.9.64, 22.12.65, 4.1.66 et du 28.5.82		
	[7. Königlicher Erlaß vom 24. Mai 1854 zur Ausführung des Gesetzes über Erfindungspatente, zuletzt geändert durch den Königlichen Erlaß vom 10. Mai 1982 (siehe auch: Kgl. Erl. v. 20. Dezember 1965)]		Bl. f. PMZ 1944, 74; 1964, 291, 1965, 262 und 1983, 168 (Deutsch)	–
	8. Arrêté du Régent du 26 juin 1947 contenant le Code des droits de timbre, confirmé par la loi du 14 juillet 1951, modifié par l'arrêté royal n° 12 du 18 avril 1967. L'arrêté royal du 18 avril 1967 a été modifié par l'arrêté royal du 16 janvier 1975	Moniteur belge du 14.8.47, du 20.4.67 et du 21.1.75		
	[8. Erlaß des Regenten vom 26. Juni 1947 über die Stempelgebührenordnung, bestätigt durch das Gesetz vom 14. Juli 1951, geändert durch Königlichen Erlaß Nr. 12 v. 18. April 1967. Der Königliche Erlaß v. 18.4.67 wurde geändert durch Königlichen Erlaß v. 16.1.75]		–	Reg. Erl. v. 26.6.47
	9. Arrêté royal du 10 novembre 1956 portant tarification de publications éditées et de documents délivrés par le Service de la propriété industrielle, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 18 avril 1980	Moniteur belge du 17.5.80		
	[9. Königlicher Erlaß vom 10. November 1956 über die Festsetzung der Gebühren für die vom Amt für gewerblichen Rechtsschutz herausgegebenen Veröffentlichungen und ausgestellte Dokumente, zuletzt geändert durch Königlichen Erlaß vom 18. April 1980]		–	Kgl. Erl. v. 10.11.56
	10. Arrêté royal du 29 septembre 1958 déterminant le mode de paiement des taxes dues pour le dépôt et le maintien en vigueur des brevets d'invention, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 8 août 1964	Moniteur belge du 29.10.58 et du 2.9.64		
	[10. Königlicher Erlaß vom 29. September 1958 über die Zahlungsweise von Gebühren für die Anmeldung und Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten, zuletzt geändert durch Königlichen Erlaß vom 8. August 1964]		–	Kgl. Erl. v. 29.9.58

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Belgien	11. Arrêté royal du 24 décembre 1965 relatif aux taxes supplémentaires en matiére de propriété industrielle	Moniteur belge du 4.1.66		
	[11. Königlicher Erlaß vom 24. Dezember 1965 über zusätzliche Gebühren auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums]		Bl. f. PMZ 1967, 190 (Deutsch)	–
	12. Arrêté royal du 18 juillet 1966 portant coordination des lois sur l'emploi des langues en matière administrative	Moniteur belge du 2.8.66		
	[12. Königlicher Erlaß vom 18. Juli 1966 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung]		–	Kgl. Erl. v. 18.7.66
	13. Arrêté royal du 27 février 1981 relatif au dépôt d'une demande de brevet européen, à sa transformation en demande de brevet national et à l'enregistrement de brevets européens produisant effet en Belgique	Moniteur belge du 5.3.81		
	[13. Königlicher Erlaß vom 27. Februar 1981 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, ihre Umwandlung in eine nationale Patentanmeldung und die Eintragung von in Belgien wirksamen europäischen Patenten]		IPLT BE 2-002 (Englisch) Bl. f. PMZ 1983, 166 (Deutsch)	Kgl. Erl. v. 27.2.81
Bundesrepublik Deutschland	1. Gesetz zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Gesetz über internationale Patentübereinkommen) vom 21. Juni 1976, geändert durch das Gemeinschaftspatentgesetz vom 26. Juli 1979 (siehe Nr. 2)	BGBl 1976 II 649	IPLT DE 2-001 (Englisch, Französisch)	IntPatÜG
	2. Gesetz über das Gemeinschaftspatent und zur Änderung patentrechtlicher Vorschriften (Gemeinschaftspatentgesetz) vom 26. Juli 1979	BGBl 1979 I 1269	–	GPatG
	3. Patentgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980	BGBl 1981 I 1	IPLT DE 2-002 (Englisch, Französisch)	PatG
	4. Gesetz über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts vom 18. August 1976, geändert durch das Gemeinschaftspatentgesetz vom 26. Juli 1979 (siehe Nr. 2)	BGBl 1976 I 2188	–	PatGebG
	5. Verordnung über die Veröffentlichung von deutschen Übersetzungen der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen vom 18. Dezember 1978	BGBl 1978 II 1469	–	Veröffentl. VO
	6. Verordnung über die Zahlung von Gebühren des Deutschen Patentamts und des Bundespatentgerichts vom 5. September 1968	BGBl 1968 I 1000	–	Gebzahlungs VO
	7. Verordnung über die Anmeldung von Patenten (Patentanmeldeverordnung – PatAnmVO) vom 29. Mai 1981	BGBl 1981 I 521	–	–

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Frankreich	1. Loi n° 77-683 du 30 juin 1977 relative à l'application de la Convention sur la délivrance de brevets européens faite à Munich le 5 octobre 1973	J.O. 1977, 3480		
	[1. Gesetz Nr. 77-683 vom 30. Juni 1977 betreffend die Anwendung des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente]		Bl. f. PMZ 1978, 299 (Deutsch) IPLT FR 2-003 (Englisch)	Ges. Nr. 77-683
	2. Loi n° 68-1 du 2 janvier 1968 sur les brevets d'invention, modifiée et complétée par la loi n° 78-742 du 13 juillet 1978	J.O. 1978, 2803; PIBD, Sonderausg. Sept. 1978		
	[2. Gesetz Nr. 68-1 über Erfindungspatente vom 2. Januar 1968 in der Fassung des Gesetzes Nr. 78-742 vom 13. Juli 1978]		Bl. f. PMZ 1979, 50 (Deutsch) IPLT FR 2-001 (Englisch)	PatG
	3. Décret n° 79-822 du 19 septembre 1979 relatif aux demandes de brevet d'invention et de certificat d'utilité, à la délivrance et au maintien en vigueur de ces titres, modifié par le décret n° 81–599 du 15 mai 1981 et par le décret n° 81–865 du 11 septembre 1981	J.O. 1979, 2370 et 1981, 1573, 2510		
	[3. Verordnung Nr. 79-822 vom 19. September 1979 über Anmeldungen für Erfindungspatente und Gebrauchsmusterzertifikate sowie über die Erteilung und Aufrechterhaltung dieser Schutzrechte, geändert durch Verordnung Nr. 81–599 vom 15. Mai 1981 und Verordnung Nr. 81–865 vom 11. September 1981]		Bl. f. PMZ 1980, 270; 1982, 155 (Deutsch) IPLT FR 2-006 (Englisch)	VO Nr. 79-822
	4. Décret n° 78-1011 du 10 octobre 1978 pris pour l'application de la loi n° 77-683 du 30 juin 1977 relative à l'application de la Convention sur le brevet européen, signée à Munich le 5 octobre 1973, tel que modifié par Décret n° 79-822 du 19 septembre 1979 (voir n° 3)	J.O. 1978, 3589		
	[4. Verordnung Nr. 78-1011 vom 10. Oktober 1978 zur Anwendung des Gesetzes Nr. 77-683 vom 30. Juni 1977 betreffend die Anwendung des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Europäischen Patentübereinkommens, geändert durch Verordnung Nr. 79-822 vom 19. September 1979 (siehe Nr. 3)]		Bl. f. PMZ 1979, 61 (Deutsch) IPLT FR 2-005 (Englisch)	VO Nr. 78-1011
	5. Arrêté du 27 août 1981 relatif aux taxes perçues par l'institut national de la propriété industrielle	J.O. 1981, 2476	Bl. f. PMZ 1982, 170 (Deutsch)	
	[5. Erlaß vom 27. August 1981 über Gebühren, die vom institut national de la propriété industrielle erhoben werden]		–	Erl. v. 27.8.81
	6. Arrêté du 19 septembre 1979 relatif aux modalités de dépôt des demandes de brevet d'invention et de certificat d'utilité et d'inscription au registre national des brevets	J.O. 1979, 8042		
	[6. Erlaß vom 19. September 1979 über Bestimmungen über die Anmeldung von Erfindungspatenten und Gebrauchsmusterzertifikaten sowie über Eintragungen in das nationale Patentregister]		Bl. f. PMZ 1980, 283 (Deutsch)	Erl. v. 19.9.79
	7. Arrêté du 29 novembre 1978 relatif au dépôt des demandes internationales et des demandes de brevet européen auprés des centres de province de l'Institut national de la propriété industrielle et décision du Directeur de l'I.N.P.I. n° 80 164 du 3 mars 1980	J.O. 1979, 63; PIBD Nr. 255 vom 1.4.80		
	[7. Erlaß vom 29. November 1978 betreffend die Einreichung internationaler Anmeldungen und europäischer Patentanmeldungen bei den Zweigstellen des Nationalen Instituts für gewerbliches Eigentum und Beschluß des Direktors des I.N.P.I. Nr. 80 164 vom 3. März 1980]		Bl. f. PMZ 1979, 163 (Deutsch)	Erl. v. 29.11.78

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Italien	1. Legge 26 maggio 1978, n. 260 Ratifica et esecuzione di atti internazionali in materia di brevetti, firmati, rispettivamente, a Strasburgo il 27 novembre 1963, a Washington il 19 giugno 1970, a Monaco il 5 ottobre 1973 et a Lussemburgo il 15 dicembre 1975	Suppl. ord. alla G.U., n. 156 del 7-6-1978		
	[1. Gesetz Nr. 260 vom 26. Mai 1978 Ratifizierung und Durchführung der internationalen Übereinkünfte auf dem Gebiet des Patentwesens, die am 27. November 1963 in Straßburg, am 19. Juni 1970 in Washington, am 5. Oktober 1973 in München bzw. am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichnet wurden]		–	–
	2. Decreto del Presidente della Repubblica 8 gennaio 1979, n. 32. Applicazione della legge 26 maggio 1978, n. 260, concernente ratifica ed esecuzione di atti internazionali in materia di brevetti, modificato con decreto 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 41 del 10-2-1979		
	[2. Verordnung Nr. 32 des Präsidenten der Republik vom 8. Januar 1979. Anwendung des Gesetzes Nr. 260 vom 26. Mai 1978 betreffend die Ratifizierung und Durchführung internationaler Übereinkünfte auf dem Gebiet des Patentwesens, geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		Bl. f. PMZ 1979, 163 (Deutsch)	VOPr Nr. 32
	3. Decreto 30 giugno 1982. Determinazione degli uffici competenti alla ricezione dei depositi delle domande di brevetto europeo e delle traduzioni dei brevetti europei	G.U., n. 181 3-7-1982		
	[3. Verordnung vom 30. Juni 1982. Bestimmung der zur Entgegennahme der europäischen Patentanmeldungen und Übersetzungen europäischer Patente zuständigen Behörden]		–	VO v. 30.6.82
	4. Decreto del Presidente della Repubblica 22 giugno 1979, n. 338. Revisione della legislazione nazionale in materia di brevetti, in applicazione della delega di cui alla legge 26 maggio 1978, n. 260	G.U., n. 215 del 7-8-1979		
	[4. Verordnung Nr. 338 des Präsidenten der Republik vom 22. Juni 1979. Revision der nationalen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Patentwesens aufgrund der in dem Gesetz Nr. 260 vom 26. Mai 1978 vorgesehenen Ermächtigung]		Bl. f. PMZ 1980, 196 (Deutsch)	VOPr Nr. 338
	5. Decreto del Presidente della Repubblica 26 ottobre 1972, n. 641. Disciplina delle tasse sulle concessioni governative, modificato da ultimo con decreto 22 giugno 1979, n. 338 e con decreto legge 30 dicembre 1982, n. 953	Suppl. ord. alla G.U., n. 292 del 11-11-1972		
	[5. Verordnung Nr. 641 des Präsidenten der Republik vom 26. Oktober 1972 über die Regelung für Verwaltungsgebühren,zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3) und die Verordnung (D.L.) Nr. 953 vom 30.12.1982]	G.U. n. 359 del 31-12-1982	Bl. f. PMZ 1976, 10 und 1983, 194 (Deutsch)	VOPr Nr. 641
	6. Decreto del Presidente della Repubblica 30 giugno 1972, n. 540. Semplificazione dei procedimenti amministrativi in materia di brevetti per invenzioni industriali, modelli industriali e marchi di impresa, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 249 del 27-9-1972		
	[6. Verordnung Nr. 540 des Präsidenten der Republik vom 30. Juni 1972. Vereinfachung der Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet der Erfindungspatente, der gewerblichen Muster und Marken, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		Bl. f. PMZ 1976, 7 (Deutsch) IPLT IT1-004 (Englisch, Französisch)	–

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Italien	7. Decreto ministeriale 22 febbraio 1973 Regolamento di esecuzione del D.P.R. 30 giugno 1972, n. 540, in materia di brevetti per invenzioni, modelli e marchi	G.U., n. 69 del 15-3-1973		
	[7. Ministerialerlaß vom 22. Februar 1973 Ausführungsordnung zu der Verordnung Nr. 540 des Präsidenten der Republik vom 30. Juni 1972 über Erfindungspatente, gewerbliche Muster und Marken]		IPLT IT1-005 (Englisch, Französisch)	–
	8. Regio decreto 29 giugno 1939, n. 1127 Testo delle disposizioni legislative in materia di brevetti per invenzioni industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 189 del 14-8-1939		
	[8. Königliche Verordnung Nr. 1127 vom 29. Juni 1939 Gesetzesbestimmungen über Patente für gewerbliche Erfindungen, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		GRUR Int 1980, 490 (Deutsch) IPLT IT 2-001 (Englisch, Französisch)	Kgl. VO Nr. 1127
	9. Regio decreto 5 febbraio 1940, n. 244 Testo delle disposizioni regolamentari in materia di brevetti per invenzioni industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 94 del 20-4-1940		
	[9. Königliche Verordnung Nr. 244 vom 5. Februar 1940 Durchführungsvorschriften auf dem Gebiet der Patente für gewerbliche Erfindungen, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		Bl. f. PMZ 1942, 7 (Deutsch)	–
	10. Regio decreto 25 agosto 1940, n. 1411 Testo delle disposizioni legislative in materia di brevetti per modelli industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 247 del 21-10-1940		
	[10. Königliche Verordnung Nr. 1411 vom 25. August 1940 Gesetzliche Vorschriften auf dem Gebiet der Gebrauchsmuster, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		–	–
	11. Regio decreto 31 ottobre 1941, n. 1354 Testo delle disposizioni regolamentari in materia di brevetti per modelli industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338	G.U., n. 300 del 22-12-1941		
	[11. Königliche Verordnung Nr. 1354 vom 31. Oktober 1941 Durchführungsvorschriften auf dem Gebiet der Gebrauchsmuster, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 3)]		–	–
Liechtenstein	1. Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Schutz der Erfindungspatente vom 22. Dezember 1978 (Patentschutzvertrag)	LGBl. 1980 Nr. 31	ABl. 1980, 407 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch)	Vertr. CH/Li v. 22.12.78
	2. Ausführungsvereinbarung zum schweizerisch-liechtensteinischen Patentschutzvertrag zum 10. Dezember 1979	LGBl. 1980 Nr. 32	ABl. 1980, 407 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch)	–
	3. Gesetz vom 26. September 1979 zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Schutz der Erfindungspatente Wegen weiterer für Liechtenstein anzuwendender Rechtsvorschriften siehe Schweiz Nr. 1–4	LGBl. 1980 Nr. 33	–	–

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Luxemburg	1. Loi du 27 mai 1977 portant a) approbation de la Convention sur la délivrance de brevets européens, signée à Munich, le 5 octobre 1973 ; b) adaptation de la législation nationale en matière de brevets	Memorial A 1977, 872		
	[1. Gesetz vom 27. Mai 1977 über *a) die Zustimmung zu dem am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente* *b) die Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Patentwesens]*		Bl. f. PMZ 1978, 334 (Deutsch) IPLT LU 2-003 (Englisch)	Ges. v. 27.5.77
	2. Règlement grand-ducal du 9 mai 1978 pris en exécution de la loi du 27 mai 1977 portant a) approbation de la Convention sur la délivrance de brevets européens, signée à Munich le 5 octobre 1973 b) adaptation de la législation nationale en matière de brevets	Memorial A 1978, 528		
	[2. Ausführungsverordnung vom 9. Mai 1978 zum Gesetz vom 27. Mai 1977 über *a) die Zustimmung zu dem am 5. Oktober in München unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente* *b) die Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Patentwesens]*		–	VO v. 9.5.78
	3. Loi du 30 juin 1880, sur les brevets d'invention, modifiée par la loi du 27 avril 1922, par l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945 et par la loi du 31 octobre 1978	Memorial 1880, 405 A 1922, 381 1945, 784		
	[3. Gesetz vom 30. Juni 1880 über Erfindungspatente, geändert durch Gesetz vom 27. April 1922, durch Großherzoglichen Erlaß vom 13. Oktober 1945 und durch Gesetz vom 31. Oktober 1978]	A 1978, 1658	–	PatG
	4. Loi du 8 juillet 1967 concernant la divulgation et la mise en œuvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat	Memorial A 1967, 796		
	[4. Gesetz vom 8. Juli 1967 über die Offenbarung und Anwendung von Erfindungen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die für die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates von Interesse sind]		–	Ges. v. 8.7.67
	5. Règlement grand-ducal du 16 décembre 1980 portant nouvelle fixation du barème des différentes taxes et surtaxes visées par l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945 ayant pour objet de modifier et compléter la législation sur les brevets d'invention modifié par le règlement grand-ducal du 24 décembre 1982	Memorial A 1980, 2093 A 1982, 2546		
	[5. Großherzogliche Verordnung vom 16. Dezember 1980 über die Neufestsetzung der einzelnen Gebühren und Zusatzgebühren, die im großherzoglichen Erlaß vom 13. Oktober 1945 zur Änderung und Vervollständigung der Gesetzgebung über Erfindungspatente vorgesehen sind, geändert durch die Großherzogliche Verordnung vom 24. Dezember 1982]		–	VO v. 24.12.82

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Luxemburg	6. Règlement grand-ducal du 12 juin 1975 concernant le recouvrement des frais de publications au Mémorial, Recueil administratif et économique	Memorial A 1975, 723		
	[6. Großherzogliche Verordnung vom 12. Juni 1975 über die Einziehung der Gebühren für die Bekanntmachung im Memorial, Recueil administratif et économique]		–	VO v. 12.6.75
	7. Règlement grand-ducal du 18 septembre 1969 pris en exécution de l'article 4, alinéa final, de la loi du 8 juillet 1967 concernant la divulgation et la mise en œvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat	Memorial A 1969, 1234		
	[7. Großherzogliche Verordnung vom 18. September 1969 über die Ausführung von Artikel 4 letzter Absatz des Gesetzes vom 8. Juli 1967 über die Offenbarung und Anwendung von Erfindungen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die für die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates von Interesse sind]		–	VO v. 18.9.69
	8. Arrêté grand-ducal du 21 juin 1947 concernant la prorogation des délais et la restauration des droits en matière de propriété industrielle	Memorial 1947, 613		
	[8. Großherzoglicher Erlaß vom 21. Juni 1947 über die Verlängerung von Fristen und die Wiedereinsetzung auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums]		–	–
	9. Arrêté ministériel du 9 novembre 1945 concernant la procédure administrative en matière de brevets d'invention, en exécution de la loi du 30 juin 1880 et de l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945, modifié en dernier lieu par le règlement grand-ducal du 7 mars 1977	Memorial 1945, 871 Memorial A 1977, 444		
	[9. Ministerialerlaß vom 9. November 1945 betreffend das Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet der Erfindungspatente, zur Durchführung des Gesetzes vom 30. Juni 1880 und des großherzoglichen Erlasses vom 13. Oktober 1945, zuletzt geändert durch die großherzogliche Verordnung vom 7. März 1977]		–	Min. Erl. v. 9.11.45
Niederlande	1. Rijksoctrooiwet, zoals deze laatstelijk is gewijzigd bij de Rijkswet van 13 december 1978	Stb. 1979, 61		
	[1. Reichspatentgesetz in der Fassung des Reichsgesetzes vom 13. Dezember 1978]		Bl. f. PMZ 1980, 129 (Deutsch) IPLT NL 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG
	2. Octrooireglement, zoals deze laatstelijk is gewijzigd bij het Koninklijk besluit van 19 augustus 1982	Stb. 1979, 62; Stb. 1982, 519		
	[2. Patentausführungsbestimmungen, zuletzt geändert durch den königlichen Beschluß vom 19. August 1982]		Bl. f. PMZ 1980, 159 (Deutsch) IPLT NL 2-002 (Englisch, Französisch)	PatV

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Österreich	1. Bundesgesetz vom 16. Dezember 1978 über die Einführung des Europäischen Patentübereinkommens und des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentverträge-Einführungsgesetz)	BGBl 1979, 52	IPLT AT 2-002 (Englisch, Französisch)	PatV-EG
	2. Patentgesetz 1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 11. November 1981 (Patentgesetz- und Markenschutzgesetz-Novelle 1981)	BGBl 1970, 259 BGBl 1973, 581 BGBl 1977, 349 BGBl 1981, 526	IPLT AT 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG
	3. Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 22. März 1978 betreffend die Durchführung des Patentgesetzes 1970 und des Markenschutzgesetzes 1970 (Patent- und Markenverordnung)	BGBl 1978, 202	–	PMV
	4. Verordnung des Präsidenten des Patentamts vom 15. November 1977 über Eingaben an das Patentamt, das Verfahren in Patent- und Markenangelegenheiten sowie die Einrichtung des Zentralmusterarchivs, zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 1981 (Patentamtsverordnung)	Patentblatt 1977, 139 1980, 138 1981, 133	–	–
	5. Verordnung des Präsidenten des Patentamts vom 10. März 1982 über die formalen Erfordernisse der nach dem Patentverträge-Einführungsgesetz einzureichenden Übersetzungen	Patentblatt 1982, 32	–	VO v. 10.3.82
Schweden	1. Patentlag; ny lydelse genom lag den 6 april 1978 (SFS 1978: 149), senaste ändring den 19 maj 1983 (SFS 1983: 433)[1)]	SFS 1983: 433		
	[1. Patentgesetz in der Fassung des Gesetzes vom 6. April 1978 (SFS 1978: 149), zuletzt geändert am 19. Mai 1983 (SFS 1983: 433)][1)]		Bl. f. PMZ 1979, 139 (Deutsch) IPLT SE 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG
	2. Patentkungörelsen; ny lydelse genom förordning den 6 april 1978 (SFS 1978: 151), senaste ändring den 19 maj 1983 (SFS 1983: 435)[1)]	SFS 1983: 435		
	[2. Verordnung über patentrechtliche Formvorschriften in der Fassung der Verordnung vom 6. April 1978 (SFS 1978: 151), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Mai 1983 (SFS 1983: 435)][1)]		Bl. f. PMZ 1979, 169 (Deutsch), IPLT SE 2-002 (Englisch, Französisch)	PatV
	3. Lagen om försvarsuppfinningar; ny lydelse genom lag den 6 april 1978 (SFS 1978: 157)	SFS 1978: 157		
	[3. Gesetz über militärische Erfindungen in der Fassung des Gesetzes vom 6. April 1978 (SFS 1978: 157)]		–	Ges. v. 6.4.78

[1] Datum des Inkrafttretens: 1. Oktober 1983

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fundstelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Schweden	4. Patentbestämmelser; ny lydelse genom patent- och registreringsverkets kungörelse om patentbestämmelser 1 december 1980 (PRVFS 1981: 1); senaste ändring den 29 november 1982 (PRVFS 1982: 2)	PRVFS 1981: 1 PRVFS 1982: 2	–	
	[4. Patentamtsverordnung in der Fassung der Verordnung vom 1. Dezember 1980 (PRVFS 1981: 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. November 1982 (PRVFS 1982: 2)]	–	–	PAV
Schweiz/ Liechtenstein	1. Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente vom 25. Juni 1954 in der revidierten Fassung vom 17. Dezember 1976	SR 232.14	IPLT CH 2-001 (Englisch)	PatG
	2. Verordnung betreffend die Erfindungspatente vom 19. Oktober 1977 (Patentverordnung)	SR 232.141	IPLT CH 2-002 (Englisch)	PatV
	3. Verordnung über die Gebühren des Bundesamts für geistiges Eigentum vom 19. Oktober 1977 (Gebührenordnung)	SR 232.148	–	GO
	4. Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968	SR 172.021	–	–
	5. Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Schutz der Erfindungspatente vom 22. Dezember 1978 (Patentschutzvertrag)	SR 0.232.149.514	ABl. 1980 ,407 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch)	Vertr. CH/LI v. 22.12.78
	6. Ausführungsordnung zum schweizerisch-liechtensteinischen Patentschutzvertrag vom 10. Dezember 1979	SR 0.232.149.514.1	ABl. 1980, 407 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch)	–
Vereinigtes Königreich	1. Patents Act 1977	1977 c. 37		
	[1. Patentgesetz 1977]		Bl. f. PMZ 1979, 200 (Deutsch) LTPI UK 2-001 (Französisch)	PatG
	2. The Patents Rules 1982	S.I. 1982/717	–	PatV
	[2. Patentausführungsbestimmungen 1982]			
	3. The Patents (Amendment) Rules 1983	S.I. 1983/180	–	PatV 1983
	[3. Patentausführungsbestimmungen (Änderung) 1983]		–	
	4. The Patents (Companies Re-registration) Rules 1982	S.I. 1982/297	–	–
	[4. Patentausführungsbestimmungen (Neuregistrierung von Gesellschaften) 1982]			

II. Einreichung europäischer Patentanmeldungen gemäß Artikel 75 Absatz 1b und 2 EPÜ

Europäische Patentanmeldungen können beim EPA in München, seiner Zweigstelle in Den Haag oder, wenn das Recht eines Vertragsstaats es gestattet, bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats eingereicht werden.

Die folgende Tabelle enthält für jeden Vertragsstaat Angaben darüber, ob europäische Patentanmeldungen nach Wahl des Anmelders beim EPA oder einer nationalen Behörde eingereicht werden können, welche Anmeldungen bei den nationalen Behörden eingereicht werden müssen, in welchen Sprachen europäische Patentanmeldungen von den nationalen Behörden entgegengenommen werden und welche Besonderheiten im Zusammenhang mit der Einreichung zu beachten sind.

Für die Einreichung der Anmeldung ist die Bestellung eines Inlandsvertreters, wenn der Anmelder in dem betreffenden Staat weder Sitz noch Wohnsitz hat, nicht erforderlich (Artikel 133 Absatz 1 und 2 EPÜ).

Es wird darauf hingewiesen, daß zu allen Anmeldungen, die nicht in Deutsch, Englisch oder Französisch eingereicht werden, eine Übersetzung in einer dieser Sprachen innerhalb von 3 Monaten nach Einreichung der europäischen Anmeldung, jedoch nicht später als dreizehn Monate nach dem Prioritätstag vorzulegen ist (Artikel 14 Absatz 2, Regel 6 Absatz 1 EPÜ). Wird diese Übersetzung nicht fristgerecht eingereicht, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen (Artikel 90 Absatz 3 EPÜ).

Europäische Teilanmeldungen sind stets unmittelbar beim EPA in München oder seiner Zweigstelle in Den Haag einzureichen (Artikel 76 Absatz 1 EPÜ).

Was die in Spalte 3 aufgeführten Sprachen anbetrifft, wird empfohlen, Anmeldungen möglichst in den Amtssprachen dieser Staaten einzureichen, da insbesondere bei den Staaten, die die Anmeldungen aufgrund nationaler Sicherheitsbestimmungen überprüfen müssen, Verständigungsschwierigkeiten auftreten können, die möglicherweise zur Folge haben, daß europäische Patentanmeldungen wegen Nichteinhaltung der Übermittlungsfrist als zurückgenommen gelten (Artikel 77 Absatz 5 EPÜ).

Vertragsstaat Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz	1 Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Behörden wählen	2 Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vorgeschrieben ist	3 Sprachen, in denen europ. Patentanmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können	4 Amtssprachen	5 Besonderheiten
Belgien Ministère des affaires économiques Service de la propriété industrielle et commerciale 24–26, rue J.A. De Mot B–1040 Bruxelles	ja Art. 3(1) Ges. v. 8.7.77	Anmeldungen von Personen mit belgischer Staatsangehörigkeit oder mit Wohnsitz oder Sitz in Belgien, die für die nationale Sicherheit und Verteidigung von Bedeutung sind Art. 3(2) Ges. v. 8.7.77	Niederländisch Französisch Deutsch Englisch	Französisch Niederländisch Deutsch	Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland müssen eine Zustellanschrift in Belgien angeben Art. 12 Kgl. Erl. v. 27.2.81
Bundesrepublik Deutschland Deutsches Patentamt Zweibrückenstr. 12 D–8000 München 2 Deutsches Patentamt Dienststelle Berlin Gitschinerstr. 97–103 D–1000 Berlin 61	ja Art. II § 4(1) IntPatÜG i.d.F.v. Art. 1(4) GPatG	Anmeldungen, die ein Staatsgeheimnis enthalten können Art. II § 4(2) IntPatÜG i.d.F.v. Art. 1(4) GPatG	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Deutsch	Bei Anmeldungen gemäß Spalte 2 hat der Anmelder in einer Anlage darauf hinzuweisen, daß die Erfindung nach Auffassung des Anmelders ein Staatsgeheimnis enthalten kann Art. II § 4(2) IntPatÜG i.d.F.v. Art. 1(4) GPatG
Frankreich Institut national de la propriété industrielle (INPI) 26 bis, rue de Léningrad F–75800 Paris	ja Art. 6 Ges. Nr. 77-683	Anmelder mit Sitz oder Wohnsitz in Frankreich müssen Anmeldungen bei INPI einreichen, wenn nicht die Priorität einer früheren französischen Anmeldung beansprucht wird Art. 6 Ges. Nr. 77-683	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Französisch	Anmeldungen gemäß Spalte 1 können beim EPA, bei INPI in Paris oder den regionalen Dienststellen in Bordeaux, Lyon, Marseille und Straßburg eingereicht werden Erl. v. 29.11.78; Beschluß des Direktors von INPI Nr. 80/164 v. 3.3.80. Anmeldungen gemäß Spalte 2 dürfen nicht ohne Genehmigung des zuständigen Ministers frei verbreitet oder verwertet werden. Die Genehmigung gilt 4 Monate nach dem Einreichungstag oder 14 Monate nach dem Prioritätstag als von Rechts wegen erteilt Art. 7–9 Ges. Nr. 77-683

Vertragsstaat Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz	1 Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Behörden wählen	2 Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vorgeschrieben ist	3 Sprachen, in denen europ. Patentanmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können	4 Amtssprachen	5 Besonderheiten
Italien Ufficio Centrale Brevetti Via Molise 19 I–00187 Roma	ja, wenn die Priorität einer vor mehr als 90 Tagen in Italien eingereichten nationalen Anmeldung in Anspruch genommen wird und die Anmeldung nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegt	Europäische Erstanmeldungen von Anmeldern mit Sitz oder Wohnsitz in Italien	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ (siehe auch Spalte 5)	Italienisch	Europ. Patentanmeldungen können beim Zentralpatentamt (Ufficio Centrale Brevetti) und bei der Provinzbehörde für Industrie, Handel und Handwerk (Ufficio provinciale dell'industria, del commercio e dell'artigianato) in Rom eingereicht werden. Europ. Patentanmeldungen, die nicht in Italienisch eingereicht werden, ist eine Übersetzung der Beschreibung und Patentansprüche u. ggf. eine Kopie der Zeichnungen beizufügen
	Art. 1(2) VOPr Nr. 32	Art. 1(2) VOPr Nr. 32			Art. 1(2) u. (4) VOPr Nr. 32 Art. 1 VO v. 30.6.82
Liechtenstein	siehe Schweiz				
Luxemburg Ministère de l'Economie et des Classes Moyennes Service de la propriété intellectuelle Boîte postale 97 Luxembourg-Ville	ja Art. 7 Ges. v. 27.5.77	Anmeldungen, deren Gegenstand für die Verteidigung von Interesse ist Art. 8 Ges. v. 27.5.77, Ges. v. 8.7.67, VO v. 18.9.69	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Französisch Deutsch	Für die Übermittlung der Anmeldung an das EPA ist eine Gebühr von 500 FL/FB zu entrichten Art. 7(2) Ges. v. 27.5.77; Art. 1 VO v. 9.5.78
Niederlande Octrooiraad Postbus 5820 NL–2280 HV Rijswijk (ZH)	nein; europäische Patentanmeldungen müssen beim EPA angemeldet werden	Anmeldungen, deren Inhalt im Interesse der Verteidigung geheimzuhalten ist Art. 29 G PatG	Die Anmeldungen gemäß Spalte 2 können in allen Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ eingereicht werden	Niederländisch	Es ist darauf zu achten, daß europäische Patentanmeldungen, die bei der Zweigstelle in Den Haag des EPA eingereicht werden, nicht an den im gleichen Gebäude befindlichen Octrooiraad gerichtet werden. Die Postanschrift der Zweigstelle Den Haag des EPA lautet: „Postbus 5818, 2280 HV Rijswijk ZH"

Vertragsstaat Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz	1 Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Behörden wählen	2 Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vorgeschrieben ist	3 Sprachen, in denen europ. Patentanmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können	4 Amtssprachen	5 Besonderheiten
Österreich Österreichisches Patentamt Postfach 95 A–1014 Wien	ja § 2 PatV-EG	./.	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ, wenn zumindest der „Hinweis, daß ein europäisches Patent beantragt wird", die „Benennung mindestens eines Vertragsstaats" und „Angaben, die es erlauben, die Identität des Anmelders festzustellen" in Deutsch, Englisch oder Französisch sind § 2 PatV-EG	Deutsch	Mit Einreichung der Anmeldung ist eine Stempelgebühr in Höhe von 100 S zu zahlen; ist auch Österreich benannt, erhöht sich diese Gebühr auf 350 S Mitteilung im Österreichischen Patentblatt Nr. 12/1979 S. 172 Abgabenänderungsgesetz 1980 BGBl. 563/1980
Schweden Kungl. Patent- och registreringsverket Box 5055 S–10242 Stockholm	ja § 80(2) PatG	Erfindungen für Verteidigungszwecke, die in Schweden gemacht worden sind oder einer in Schweden ansässigen Person oder einer schwedischen juristischen Person gehören, sind beim Schwedischen Patentamt einzureichen oder dem „Granskningsnämnden för försvarsuppfinningar" (Prüfungsausschuß für Erfindungen für Verteidigungszwecke) vorzulegen Ges. v. 6.4.78	Schwedisch, Deutsch, Englisch, Französisch	Schwedisch	
Schweiz/ Liechtenstein Bundesamt für geistiges Eigentum CH–3003 Bern	ja Art. 115 PatV	./.	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Schweiz: Deutsch Französisch Italienisch Liechtenstein: Deutsch	

Vertragsstaat **Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz**	**1** **Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Behörden wählen**	**2** **Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vorgeschrieben ist**	**3** **Sprachen, in denen europ. Patentanmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können**	**4** **Amtssprachen**	**5** **Besonderheiten**
Vereinigtes Königreich The Patent Office 25 Southampton Buildings GB–London WC2A 1AY	ja	Anmeldungen von Anmeldern mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich, es sei denn a) der Anmelder hat für dieselbe Erfindung mindestens 6 Wochen vor Einreichung der europ. Patentanmeldung beim EPA eine Anmeldung beim britischen Patentamt eingereicht und der Leiter des Patentamts hat die Veröffentlichung der Erfindung nicht untersagt, oder b) der Anmelder hat vom Leiter des britischen Patentamts eine schriftliche Genehmigung erhalten	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Englisch	zu Spalte 2: Die Einschränkungen betreffen nicht Erfindungen, für die eine Erstanmeldung in einem Land außerhalb des Vereinigten Königreichs von Personen mit Wohnsitz im Ausland eingereicht wurde Es sind die Vorschriften der Artikel 9(1) und 9(2) des „Official Secrets Act 1920" zu beachten
	Art. 23(1) und (2) PatG	Art. 23(1) PatG (siehe auch Spalte 5)			Art. 23(2) PatG

III. A. Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ)

B. Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67(3) EPÜ

Gemäß Artikel 67 Absatz 1 EPÜ gewährt die europäische Patentanmeldung dem Anmelder vom Tag ihrer Veröffentlichung nach Artikel 93 EPÜ an in den in der Veröffentlichung angegebenen benannten Vertragsstaaten einstweilen den Schutz nach Artikel 64 EPÜ, d. h. dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde.

Artikel 67 Absatz 2 gibt jedoch den Vertragsstaaten die Möglichkeit, einen geringeren als den in Artikel 64 EPÜ vorgesehenen Schutz zu gewähren. Dieser Schutz darf jedoch nicht geringer sein als derjenige, der sich auf Grund einer Veröffentlichung einer ungeprüften nationalen Patentanmeldung ergibt. Dem Patentanmelder muß zumindest das Recht eingeräumt werden, vom unbefugten Benutzer eine den Umständen nach angemessene Entschädigung verlangen zu können.

Eine weitere Ausnahme von der grundsätzlichen Regelung in Artikel 67 Absatz 1 ist hinsichtlich des Tags, an dem der einstweilige Schutz eintritt, in Artikel 67 Absatz 3 vorgesehen. Danach kann jeder Vertragsstaat für den Fall, daß eine seiner Amtssprachen nicht die Verfahrenssprache ist, vorsehen, daß der einstweilige Schutz erst von dem Tag an eintritt, an dem eine Übersetzung der Patentansprüche nach Wahl des Anmelders in einer der Amtssprachen dieses Staats oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache

a) der Öffentlichkeit unter den nach nationalem Recht vorgesehenen Voraussetzungen zugänglich gemacht worden ist oder

b) demjenigen übermittelt worden ist, der die Erfindung in diesem Vertragsstaat benutzt.

Bestimmte Fristen, innerhalb derer die o. g. Übersetzungen in den Vertragsstaaten einzureichen wären, sind nicht vorgesehen; der einstweilige Schutz tritt in den einzelnen Vertragsstaaten erst nach Erfüllung der Voraussetzungen nach Artikel 67 Absatz 3 EPÜ ein.

III. A. Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ)

Vertragsstaat	1 **Einstweiliger Schutz nach Art. 64 EPÜ (Art. 67(1) EPÜ)**	2 **Übersetzung der Patentansprüche nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich?**	3 **Art des Entschädigungsanspruchs**	4 **Wann steht der in Spalte 3 genannte Anspruch zu, wenn Übersetzung nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich ist?**
Belgien	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77
Bundesrepublik Deutschland	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. II § 1(1) IntPatÜG	Art. II § 1(2) IntPatÜG	Art. II § 1(1) IntPatÜG	Art. II § 1(2) IntPatÜG
Frankreich	ja, vorbehaltlich der Patenterteilung	ja	Schadenersatz; evtl. Beschlagnahme der patentverletzenden Gegenstände; das angerufene Gericht setzt die Entscheidung über Verletzungsverfahren bis zur Patenterteilung aus	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. 3(1) Ges. Nr. 77-683	Art. 3(2) Ges. Nr. 77-683	Art. 3(1) Ges. Nr. 77-683	Art. 3(2) Ges. Nr. 77-683 Art. 9 u. 11 VO Nr. 78-1011
Italien	ja	ja	Schadenersatz; evtl. Feststellung und Beschlagnahme der patentverletzenden Gegenstände und zu deren Herstellung verwendeten Mittel	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit *durch das Zentralpatentamt* nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. 3 VOPr Nr. 32 i.d.F.d. VOPr Nr. 338	Art. 3 VOPr Nr. 32 i.d.F.d. VOPr Nr. 338	Art. 81 Kgl. VO Nr. 1127	Art. 3 VOPr Nr. 32 i.d.F.d. VOPr Nr. 338; VO v. 30.6.82
Liechtenstein	siehe Schweiz			
Luxemburg	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. 3(1) Ges. v. 27.5.77	Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77	Art. 3(2) Ges. v. 27.5.77	Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77
Niederlande	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	30 Tage nachdem der Anmelder einen Hinweis auf seine Rechte dem Benutzer zugestellt hat; dem Hinweis ist eine niederländ. Übersetzung oder ein Hinweis auf die Offenlegung der Übersetzung durch das Amt beizufügen
	Art. 43 B(1) PatG	Art. 43 B(3) PatG	Art. 43 B(1), (2) PatG	Art. 43 B(3) PatG

Vertragsstaat	1 **Einstweiliger Schutz nach Art. 64 EPÜ (Art. 67(1) EPÜ)**	2 **Übersetzung der Patentansprüche nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich?**	3 **Art des Entschädigungsanspruchs**	4 **Wann steht der in Spalte 3 genannte Anspruch zu, wenn Übersetzung nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich ist?**
Österreich	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	§ 4(1) PatV-EG	§ 4(2) PatV-EG	§ 4(1) PatV-EG	§ 4(2) PatV-EG
Schweden	nein	ja	eine den Umständen nach angemessene Entschädigung	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich und ein Hinweis hierauf im Schwedischen Patentblatt veröffentlicht worden ist
	§ 88(2) PatG	§ 88(1) PatG	§§ 58, 87, 88(2) PatG	§ 88(2) PatG
Schweiz/Liechtenstein	nein	ja	Schadenersatz; Schadenersatzklage kann erst nach Patenterteilung erhoben werden	Zeitpunkt, zu dem die Übersetzung der Ansprüche der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist
	Art. 111(1) PatG	Art. 112 PatG	Art. 111(2), 73(3) PatG	Art. 112 PatG
Vereinigtes Königreich	ja	nein; die vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen sind bisher nicht in Kraft getreten	Schadenersatz; Gerichtsverfahren können erst nach Patenterteilung angestrengt werden	./.
	Art. 78(1), (2), (3d), 69(1) PatG	Art. 78(7), (8) PatG	Art. 69 PatG (vgl. auch Art. 62 PatG bzgl. „gutgläubiger Verletzer")	

III. B. Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67(3) EPÜ

Staat	1 **Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?**	2 **a) Besondere Gebühr vorgesehen?** **b) Fälligkeit**	3 **Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann**	4 **Formblatt vorgeschrieben?**	5 **Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen**
Belgien	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben	nein	Französisch, Niederländisch, Deutsch (siehe jedoch Spalte 10!)	nein	2
	Art. 12 Kgl. Erl. v. 27.2.81		Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77		Art. 4(1) Kgl. Erl. v. 27.2.81
Bundesrepublik Deutschland	nein	a) DM 100,–; b) innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags auf Veröffentlichung	Deutsch	ja EPA/DPA 110 (siehe auch Spalte 10)	2
		Art. II § 2(1) IntPatÜG; Nr. 113800 Gebührenverzeichnis PatGebG	Art. II § 1(2) IntPatÜG	§ 1 Veröffentl. VO	§ 2 Veröffentl. VO

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja (Schreibfehler)	nein	Hinsichtlich der Sprache der Übersetzung sind die Bestimmungen des „Kgl. Erlasses vom 18.7.66 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung" zu beachten. Es sind folgende Sprachen zu verwenden: – „Französisch" oder „Niederländisch" für natürliche und juristische Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland – „Französisch", „Niederländisch", „Deutsch" für natürliche Personen mit Wohnsitz in Belgien – Private Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen (einschließlich natürlicher Personen belgischer oder anderer Nationalität, die sich als Gewerbe- oder Handeltreibende oder auf dem Finanzsektor betätigen) mit Sitz oder Wohnsitz in Belgien müssen die Sprache der Sprachregion benutzen, in der ihr Geschäftssitz liegt. Die Übersetzung muß neben dem Namen des Anmelders die Veröffentlichungsnummer der europäischen Patentanmeldung und eine Übersetzung der Bezeichnung der Erfindung enthalten
Art. 4(1) Kgl. Erl. v. 27.2.81	Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77; Art. 1 Kgl. Erl. v. 18.4.80; Art. 4 Kgl. Erl. v. 27.2.81	Art. 7 Kgl. Erl. v. 27.2.81		Art. 4(2), (3) Kgl. Erl. v. 27.2.81
ja	Veröffentlichung einer Druckschrift	ja	DM 100,–	Auf allen an das Patentamt gerichteten Sendungen ist mindestens im Kopf des jeweils ersten Blattes die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung unter Voranstellung der Abkürzung „EP" anzubringen § 3 Veröffentl. VO Wird der Antrag auf Veröffentlichung der deutschen Übersetzung nicht auf dem vorgeschriebenen Formblatt (siehe Spalte 4) eingereicht, so bleibt dies ohne nachteilige Rechtsfolgen (Beanstandung, Verzögerung der Veröffentlichung), sofern die Übersetzung zusammen mit allen in § 1 der Veröffentlichungs VO genannten Angaben eingereicht worden ist
	Art. II § 2(1) IntPatÜG		Art. II § 2(1) IntPatÜG; Nr. 113800 Gebührenverzeichnis PatGebG	Wird die Gebühr gemäß Spalte 2 nicht rechtzeitig gezahlt, so gilt die Übersetzung als nicht eingereicht Art. II § 2(1) IntPatÜG

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann	4 Formblatt vorgeschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Frankreich	nein; es wird jedoch empfohlen, eine inländische Zustellanschrift anzugeben	a) FF 100; b) Tag der Einreichung der Übersetzung (siehe auch Spalte 10)	Französisch	nein	2
	Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	Art. 11 VO Nr. 78-1011; VO Nr. 81-599; Erl. v. 27.8.81	Art. 3(2) Ges. Nr. 77-683		Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 59
Italien	nein, es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben	ein Exemplar des Formblatts gem. Spalte 4 ist gebührenpflichtig (Lit 3000: durch Stempelmarke oder internationale Postanweisung zahlbar; wird Eingangsbestätigung gewünscht, ist ein 4. gebührenpflichtiges Formblatt (Lit 3000) einzureichen)	Italienisch	ja (3fach)	1
	Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82 Art. 4 VO v. 30.6.82	Art. 3 VOPr Nr. 32 i.d.F.d. VOPr Nr. 338	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82
Liechtenstein	siehe Schweiz				
Luxemburg	ja	a) FL/FB 300 b) Tag der Einreichung der Übersetzung	Französisch, Deutsch	nein	1
	Art. 9bis PatG	Art. 2(3) VO v. 9.5.78	Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77		Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77
Niederlande	nein Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	nein	Niederländisch	nein	2
			Art.'43 B(3) PatG		Art. 29(1) PatV

6 **Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?**	7 **Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird**	8 **Berichtigung der Übersetzung zulässig?**	9 **Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?**	10 **Besonderheiten**
ja	Veröffentlichung eines Hinweises im Amtsblatt (BOPI); Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	FF 100	Der Übersetzung ist ein Antrag auf Veröffentlichung und der Nachweis über die Zahlung der erforderlichen Gebühr beizufügen (Art. 11 VO Nr. 78-1011; VO Nr. 81-599) Sie kann sowohl bei INPI in Paris als auch bei den Zweigstellen in Bordeaux, Lyon, Marseille und Straßburg eingereicht werden (PIBD 1981 I 15, 36) Wegen weiterer empfohlener Formvorschriften siehe Mitteilungen des INPI in PIBD 1979 I 8, I 59 und 1981 I 36
(siehe auch Spalte 10)	Art. 9 VO Nr. 78-1011	Art. 4(2) Ges. Nr. 77-683	Art. 12 u. 18 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 27.8.81	
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja, es ist das Formular gemäß Spalte 4 zu benutzen	wie Spalte 2	Die Übersetzungen sind bei den Provinzbehörden für Industrie, Handel und Handwerk in den Provinzhauptstädten (Uffici provinciali dell'industria, del commercio e dell'artigianato dei capoluoghi di provincia) einzureichen oder können auf dem Postweg (eingeschriebener Brief mit Rückschein) beim Zentralpatentamt in Rom eingereicht werden (vgl. auch ABl. 11/82) Art. 3 VOPr Nr. 32 i.V. mit Art. 2 VO v. 30.6.82 Ist mit einer hinterlegten europäischen Patentanmeldung eine italienische Übersetzung eingereicht worden, so gilt diese als Übersetzung nach Art. 3 der Verordnung Nr. 32 des Präsidenten
		Art. 5(4) VOPr Nr. 32		Art. 1(5) VOPr Nr. 32
ja	Eintragung in das Patentregister; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	ja FL/FB 300	Die Zahlung von Gebühren kann ohne Vermittlung eines Vertreters erfolgen. Der Übersetzung sind der Name und die Anschrift des Anmelders sowie die Nummer und das Datum der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung beizufügen
	Art. 2(4) VO v. 9.5.78	Art. 4(2) Ges. v. 27.5.77	Art. 2(5) VO v. 9.5.78	Art. 2(1) VO v. 9.5.78
es sind keine nationalen Bestimmungen über die äußere Form der Übersetzung vorgesehen	Einsichtnahme in der Abteilung „Aanmelding en Registers"; Hinweis in „De Industriële Eigendom" Art. 43 B(5) PatG	keine gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen	./.	

Vertragsstaat	1 **Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?**	2 **a) Besondere Gebühr vorgesehen?** **b) Fälligkeit**	3 **Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann**	4 **Formblatt vorgeschrieben?**	5 **Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen**
Österreich	ja	a) S 700 zuzüglich S 350 für die sechste und jede weitere Seite der Übersetzung (siehe auch Spalte 10!) b) die Übersetzung wird erst nach Entrichtung der Gebühr veröffentlicht	Deutsch	nein	1
	§ 24 PatV-EG § 21(3) PatG	§ 4(2) u. § 22 PatV-EG	§ 4(2) PatV-EG		
Schweden	nein	a) skr 200 b) der Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung wird erst nach Entrichtung der Gebühr veröffentlicht	Schwedisch; die Übersetzung ist von demjenigen, der sie erstellt hat und dafür verantwortlich zeichnet, zu beglaubigen	nein	2
	Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	§ 88(1) PatG i.d.F.d. Ges. v. 13.3.80 § 45 PatV i.d.F.d. VO v. 10.4.80	§ 88(1) PatG §§ 39a, 41 PAV		§ 88(1) PatG
Schweiz/ Liechtenstein	Für die Einreichung: nein, wenn sie vorschriftsmäßig erfolgt Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Für eine Berichtigung: ja	nein	Deutsch, Französisch oder Italienisch	nein	1
	Art. 13 PatG		Art. 112 PatG Art. 4(1) PatV		Art. 112 PatG

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich; Hinweis im Patentblatt	ja	ja, wie Spalte 2	Die Zahlung der Veröffentlichungsgebühr ist durch Überreichung der urschriftlichen Einzahlungs- oder Überweisungsbelege nachzuweisen
§ 1 VO v. 10.3.82	§ 3(1) PatV-EG	§ 6(2)–(4) PatV-EG	§§ 6(2), 22 PatV-EG	§ 22(3) PatV-EG § 168(3) PatG
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich; Hinweis in „Svensk Patenttidning“	ja	skr 200	Mit der Übersetzung ist die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders anzugeben. Andernfalls gilt die Übersetzung als nicht eingereicht
	§ 88(1) PatG § 62(2) PatV	§ 91(2) PatG i.d.F.d. Ges. v. 13.3.80	§ 91(2) PatG i.d.F.d. Ges. v. 13.3.80 § 45 PatV i.d.F.d. VO v. 10.4.80	§ 61 PatV
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	nein	Bei Einreichung der Übersetzung ist die Veröffentlichungsnummer der europäischen Patentanmeldung anzugeben
	Art. 116(4) PatV	Art. 114 PatG Art. 116(5) PatV		Art. 116(1) PatV

IV. Einreichung von Übersetzungen der Patentschrift nach Artikel 65 des Europäischen Patentübereinkommens

Nach Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens kann jeder Vertragsstaat für den Fall, daß die Fassung, in der das Europäische Patentamt für diesen Staat ein europäisches Patent zu erteilen oder in geänderter Fassung aufrechtzuerhalten beabsichtigt, nicht in einer seiner Amtssprachen vorliegt, vorschreiben, daß der Anmelder oder Patentinhaber bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine Übersetzung der Fassung nach seiner Wahl in einer der Amtssprachen dieses Staats, oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache einzureichen hat.

Von den 11 Vertragsstaaten haben acht, nämlich Belgien, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Niederlande, Österreich, Schweiz und Schweden, Vorschriften nach Artikel 65 Absätze 1 und 2 EPÜ erlassen.

In allen diesen Staaten ist in Übereinstimmung mit Artikel 65 Absatz 3 EPÜ vorgesehen, daß bei Nichtbeachtung der entsprechenden nationalen Bestimmungen die Wirkungen des europäischen Patents als von Anfang an nicht eingetreten gelten. Unter welchen Voraussetzungen im einzelnen dieser Rechtsverlust eintritt, bestimmt sich nach dem nationalen Recht dieser Vertragsstaaten. Bei Versäumung der vorgeschriebenen Frist zur Einreichung der Übersetzung (vgl. Spalte 2) besteht in den Vertragsstaaten Frankreich, Italien, Österreich, Schweden und Schweiz/Liechtenstein die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter den Voraussetzungen des nationalen Rechts.

Die Vertragsstaaten Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg und Vereinigtes Königreich verlangen derzeit keine Übersetzung der europäischen Patentschrift.

Mit Ausnahme Belgiens (vgl. Tabelle, Spalte „Besonderheiten") hat keiner der Vertragsstaaten mit mehreren Amtssprachen für die Übersetzung eine bestimmte Amtssprache vorgeschrieben.

Die nachstehende Tabelle enthält für jeden der obengenannten Staaten Angaben, die den Anmeldern die Einreichung der Übersetzung der Patentschrift bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz erleichtern sollen. Ferner enthält sie Informationen darüber, wie die eingereichten Übersetzungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Übersetzungen der Patentschrift gelten, soweit die sonstigen nationalen Erfordernisse erfüllt sind, in allen betroffenen Vertragsstaaten auch dann als ordnungsgemäß eingereicht, wenn die vorgeschriebene Angabe einer Zustellanschrift oder die Bestellung eines Inlandsvertreters erst nach dem Zeitpunkt der Einreichung (ggf. innerhalb einer von den nationalen Patentbehörden gesetzten Frist) erfolgt.

Enthält die europäische Patentanmeldung auf Grund des Vorbehalts Österreichs (vgl. Tabelle IX, Spalte 1) oder im Fall älterer nationaler Rechte (Artikel 54(3), Regel 87 EPÜ) für verschiedene Staaten gesonderte Reihen von Patentansprüchen, so ist nur eine Übersetzung derjenigen Anspruchsreihe einzureichen, mit der das europäische Patent in dem betreffenden Staat wirksam werden soll.

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der(denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann	5 Formblatt vorgeschrieben?	6 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Belgien	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt	nein	Französisch, Niederländisch, Deutsch (vorbehaltlich Spalte 11!)	nein	2
	Art. 12 Kgl. Erl. v. 27.2.81	Art. 5(1) Ges. v. 8.7.77 (siehe auch Spalte 11)		Art. 5(1) Ges. v. 8.7.77		Art. 6(3) Kgl. Erl. v. 27.2.81
Frankreich	nein; es wird jedoch empfohlen, eine inländische Zustellanschrift anzugeben	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt	a) FF 70 b) Tag der Einreichung der Übersetzung	Französisch	nein (siehe jedoch Spalte 11)	2
	Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	Art. 8 VO Nr. 78-1011 (siehe auch Spalte 11)	Art. 18 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 10.10.78	Art. 1 Ges. Nr. 77-683	Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 185	wie Spalte 5

7 **Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?**	8 **Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird**	9 **Berichtigung der Übersetzung zulässig?**	10 **Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?**	11 **Besonderheiten**
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja (Schreibfehler)	nein	Hinsichtlich der Sprache der Übersetzung sind die Bestimmungen des „Königlichen Erlasses vom 18.7.66 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung" zu beachten (siehe Tabelle III B Spalte 10). Die Übersetzung muß von dem Patentinhaber oder seinem Vertreter unterschrieben sein
Art. 6(2) Kgl. Erl. v. 27.2.81	Art. 5(3) Ges. v. 8.7.77 Art. 5 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Art. 1 Kgl. Erl. v. 10.11.56 i.d.F.d. Kgl. Erl. v. 18.4.80	Art. 7 Kgl. Erl. v. 27.2.81		Art. 6 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum und die Nummer des Patentblatts mit dieser Bekanntmachung angegeben werden.[1)] Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten. Die Qualität der Kopie muß eine unmittelbare Vervielfältigung nach Regel 35(3) EPÜ ermöglichen.
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im Patentblatt (BOPI); Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja; der Antragsteller muß die Nummer und das Datum des BOPI angeben, in dem der Hinweis auf die erste Einreichung der Übersetzung veröffentlicht worden ist	ja, wie Spalte 3a)	Der Übersetzung ist der Nachweis über die Zahlung der erforderlichen Gebühr beizufügen; Art. 8 u. 11 VO Nr. 78-1011. Sie kann sowohl beim INPI in Paris als auch bei den Zweigstellen in Bordeaux, Lyon, Marseille und Straßburg eingereicht werden; PIBD 1981 I 15, 36. INPI empfiehlt, der Übersetzung ein kostenlos erhältliches Standarddeckblatt mit den bibliographischen Daten des europ. Patents voranzustellen. Wegen weiterer empfohlener Formvorschriften siehe auch die Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 185 und 1981 I 36. Erfolgt die Einreichung der Übersetzung nicht rechtzeitig, so wird hierauf im Patentblatt (BOPI) hingewiesen
wie Spalte 5	Art. 9 VO Nr. 78-1011	Art. 4(2) Ges. Nr. 77-683 PIBD 1981 I 36	Art. 12 und 18 VO Nr. 78-1011 Erl. v. 27.8.81	Art. 10 VO Nr. 78-1011 Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum dieser Bekanntmachung angegeben werden.

[1] Wird der Hinweis auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch verschoben oder aufgehoben, ist das Amt hiervon umgehend zu unterrichten; das neue Datum der Bekanntmachung und die Nummer des Europäischen Patentblatts sind baldmöglichst mitzuteilen.

Vertragsstaat	1 **Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?**	2 **Frist zur Einreichung der Übersetzung**	3 **a) Besondere Gebühr vorgesehen?** **b) Fälligkeit**	4 **Sprache(n), in der(denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann**	5 **Formblatt vorgeschrieben?**	6 **Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen**
Italien	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben	3 Monate nach Zustellung der Mitteilung des EPA gemäß Regel 51(4) bzw. Regel 58(5) EPÜ	a) + b) eine Ausfertigung des Formblatts gemäß Spalte 5 ist gebührenpflichtig (Lit 3000: durch Stempelmarke oder internationale Postanweisung zahlbar; wird Eingangsbestätigung gewünscht, ist ein 4. gebührenpflichtiges Formblatt (Lit 3000) einzureichen)	Italienisch; der Patentinhaber oder sein Vertreter müssen auf der letzten Seite der Übersetzung erklären, daß die Übersetzung vollkommen mit dem Originaltext übereinstimmt	ja (3fach)	1
	Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	Art. 4(4) VOPr Nr. 32	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82 Art. 4 VO v. 30.6.82	Art. 4(4) VOPr Nr. 32	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82	Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82
Liechtenstein	siehe Schweiz					
Niederlande	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben (siehe auch Spalte 11) Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt	a) hfl 55 b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2	Niederländisch; die Übersetzung muß von einem niederländischen Vertreter beglaubigt sein (siehe auch Spalte 11)	nein	2
	Art. 29 O PatG	Art. 29 P(1) PatG Art. 31 C(1), (2) PatV (siehe auch Spalte 11)	Art. 17(7), 31 C(3) PatV	Art. 29 P(1) PatG		Art. 22, 23, 31 C(4) PatV

7 **Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?**	8 **Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird**	9 **Berichtigung der Übersetzung zulässig?**	10 **Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?**	11 **Besonderheiten**
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja; es ist das Formular gemäß Spalte 5 zu verwenden	wie Spalte 3	Die Übersetzungen sind bei den Provinzbehörden für Industrie, Handel und Handwerk in den Provinzhauptstädten (Uffici provinciali dell'industria, del commercio e dell'artigianato dei capoluoghi di provincia) einzureichen oder können auf dem Postweg (eingeschriebener Brief mit Rückschein) beim Zentralpatentamt in Rom eingereicht werden (vgl. auch ABl. 11/82) Art. 4 VOPr Nr. 32 i.V. mit Art. 2 VO v. 30.6.82 Der Übersetzung ist eine Kopie der Mitteilung gemäß Spalte 2 beizufügen Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82 Ist mit einer europäischen Patentanmeldung eine italienische Übersetzung eingereicht worden und ist das europäische Patent ohne Änderungen erteilt worden, so ist keine weitere Übersetzung der Patentschrift einzureichen
		Art. 5(4) VOPr Nr. 32		Art. 1(5) VOPr Nr. 32 Das IT-Patentamt empfiehlt, eine Übersetzung der Zusammenfassung, die in der europäischen Patentanmeldung erscheint, einzureichen
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung in „De Industriële Eigendom"; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja; die berichtigte Übersetzung muß von einem niederländischen Vertreter beglaubigt sein	ja, wie Spalte 3a)	Auf der Übersetzung ist die Nummer des europäischen Patents anzugeben. Die in Spalte 4 und 9 genannte Beglaubigung soll in Form einer von dem Vertreter unterschriebenen Erklärung erfolgen, daß die Übersetzung nach dessen bestem Wissen vollständig und korrekt ist. *Das Patent erlischt, wenn der Anmelder nicht innerhalb von drei Monaten seit dem Tag, an dem ein Hinweis auf die Erteilung des Patents in das öffentliche Register des NL-Patentamts eingetragen wurde, die vorgeschriebene Zustellanschrift angibt* Art. 29 O PatG Art. 31 C(4), (5) PatV Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum dieser Bekanntmachung angegeben werden
	Art. 29 P(3) PatG	Art. 29 P(7) PatG	Art. 29 P(7) PatG Art. 17(7) PatV	Das NL-Patentamt übersendet dem Patentinhaber oder seinem Inlandsvertreter zu jedem europäischen Patent (NL) eine Zusammenstellung wichtiger Daten. Der Patentinhaber erhält außerdem, soweit er keinen Vertreter bestellt hat, ein „Merkblatt für Inhaber europäischer Patente mit Geltungsbereich: NL"

Vertragsstaat	1 **Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?**	2 **Frist zur Einreichung der Übersetzung**	3 **a) Besondere Gebühr vorgesehen?** **b) Fälligkeit**	4 **Sprache(n), in der(denen) die Übersetzung eingereicht werden muß oder kann**	5 **Formblatt vorgeschrieben?**	6 **Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen**
Österreich	ja	6 Monate nach Zustellung der Mitteilung des EPA gemäß Regel 51(4) bzw. 58(5) EPÜ	a) S 700 zuzüglich S 350 für die sechste und jede weitere Seite der Übersetzung sowie S 350 für das dritte und jedes weitere Blatt der dazugehörenden Zeichnungen b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2	Deutsch	ja	1
	§ 24 PatV-EG § 21(3) PatG	§ 5(1), (2) PatV-EG	§§ 5(1), 22 PatV-EG § 166(3), (10) PatG	§ 5(1) PatV-EG		
Schweden	nein	bis zur Veröffentlichung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt	a) skr 500 zuzüglich skr 85 für jede über 8 hinausgehende angefangene Seite der Übersetzung b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2	Schwedisch; die Übersetzung ist von demjenigen, der sie erstellt hat und dafür verantwortlich zeichnet, zu beglaubigen	nein	2
		§ 60(1) PatV i.d.F.d. VO v. 10.4.80	§ 82(1) PatG; § 45 u. 64 PatV i.d.F.d. VO v. 18.12.80	§ 82(1) PatG § 39a, 41 PAV		§ 82(1) PatG
Schweiz/Liechtenstein	Für die Einreichung: nein, wenn sie vorschriftsmäßig erfolgt; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen Für eine Berichtigung: ja	bis zur Veröffentlichung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt	nein	Deutsch, Französisch oder Italienisch (siehe auch Spalte 11)	nein	1
	Art. 13 PatG	Art. 113(2) PatG		Art. 113(1) PatG Art. 4(1) PatV		Art. 113(1) PatG

7 **Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?**	8 **Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird**	9 **Berichtigung der Übersetzung zulässig?**	10 **Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?**	11 **Besonderheiten**
ja	Veröffentlichung der Übersetzung u. ggf. einer Berichtigung in Form einer Druckschrift; Hinweis auf die veröffentlichte Druckschrift und ggf. auf die Berichtigung im Patentblatt	ja	ja, wie Spalte 3a)	Die Zahlung der Veröffentlichungsgebühr ist durch Überreichung der urschriftlichen Einzahlungs- oder Überweisungsbelege nachzuweisen § 22(3) PatV-EG § 168(3) PatG Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten.
§ 1 VO v. 10.3.82	§§ 5(1), 6(3), (4) PatV-EG	§ 6(2) PatV-EG	§ 6(2), 22 PatV-EG § 166(3), (10) PatG	
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im schwedischen Patentblatt; Veröffentlichung einer Druckschrift (ggf. auch der berichtigten Übersetzung)	ja	ja, wie Spalte 3a)	Der Übersetzung sind die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders beizufügen. Hält das EPA das Patent in geändertem Umfang aufrecht, so sind der Übersetzung des geänderten Textes die Nummer des europäischen Patents sowie Name und Anschrift des Patentinhabers beizufügen § 60 (2) PatV
	§ 82(2), (3) PatG	§ 91(1) PatG § 63 PatV	§ 91(1) PatG § 45 u. 64 PatV i.d.F.d. VO v. 7.8.80	Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	nein	Bei Einreichung der Übersetzung ist die Veröffentlichungsnummer des europäischen Patents anzugeben. Ist das europäische Patent im Einspruchsverfahren in geändertem Umfang aufrechterhalten worden, so kann die neue Übersetzung ganz oder teilweise durch eine Erklärung ersetzt werden, in welchem Umfang die frühere Übersetzung auch für die geänderte Patentschrift gilt
	Art. 116(4) PatV	Art. 114 PatG Art. 116(5) PatV		Art. 116(1), (2) PatV

V. Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents (Artikel 70 EPÜ)

Im Verfahren vor dem EPA sowie in jedem Vertragsstaat stellt der Wortlauf einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents in der Verfahrenssprache die verbindliche Fassung dar.

Jeder Vertragsstaat kann vorsehen, daß in seinem Staat eine im Übereinkommen vorgeschriebene Übersetzung in einer seiner Amtssprachen für den Fall maßgebend ist, daß der Schutzbereich der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents (Artikel 69 EPÜ) in der Sprache der Übersetzung enger ist als der Schutzbereich in der Verfahrenssprache; dies gilt nicht für Nichtigkeitsverfahren.

Jeder Vertragsstaat, der eine solche Vorschrift erläßt, a) muß dem Anmelder oder Patentinhaber gestatten, eine berichtigte Übersetzung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents einzureichen, b) kann vorsehen, daß derjenige, der in diesem Staat in gutem Glauben eine Erfindung in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung einer Erfindung getroffen hat, deren Benutzung keine Verletzung der Anmeldung oder des Patents in der Fassung der ursprünglichen Übersetzung darstellen würde, nach Eintritt der rechtlichen Wirkung der berichtigten Übersetzung die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen darf. (Artikel 70 Absatz 4(b))

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen darüber, welche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents im Fall der Einreichung von Übersetzungen nach Artikel 67 Absatz 3 EPÜ und 65 Absatz 1 EPÜ als verbindliche Fassung maßgebend ist und ob ein Staat Bestimmungen über den in Artikel 70 Absatz 4b vorgesehenen Fall der gutgläubigen Zwischenbenutzung erlassen hat.

Vertragsstaat	1 Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents	2 Wurden Vorschriften nach Art. 70 (4b) erlassen?
Belgien	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend.	./.
Bundesrepublik Deutschland [1]	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend.	./.
Frankreich	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 4(1) Ges. Nr. 77–683	ja Art. 4(3) Ges. Nr. 77–683
Italien	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 5(2) VOPr Nr. 32	ja Art. 5(5) VOPr Nr. 32
Liechtenstein	siehe Schweiz	
Luxembourg [1]	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 6(1) Ges. v. 27.5.77	ja Art. 6(2) Ges. v. 27.5.77
Niederlande	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend.	./.
Österreich	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache § 6(1) PatV-EG	ja § 6(6) PatV-EG
Schweden	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache § 90 PatG	ja § 91(3) PatG
Schweiz/Liechtenstein	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 116(1) PatG	ja Art. 116(2), (3) PatG
Vereinigtes Königreich [2]	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend.	./.

[1] Vertragsstaat verlangt nur eine Übersetzung der Patentansprüche gemäß Artikel 67 Absatz 3 EPÜ
[2] Vertragsstaat verlangt derzeit weder eine Übersetzung der Patentansprüche gemäß Artikel 67 Absatz 3 EPÜ noch eine Übersetzung der Patentschrift gemäß Artikel 65 Absatz 1 EPÜ

VI. Zahlung von Jahresgebühren für europäische Patente

Nach Artikel 141 EPÜ können „nationale" Jahresgebühren für das europäische Patent für die Jahre erhoben werden, die an das Jahr anschließen, in dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents im „Europäischen Patentblatt" bekanntgemacht wird. Nähere Hinweise zur Berechnung der Patentjahre, für die „nationalen" Jahresgebühren zu zahlen sind, sind im Amtsblatt Nr. 4/1980, Seite 100 veröffentlicht worden.

Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften und Erfordernisse, die für die Zahlung der „nationalen Jahresgebühren" für europäische Patente zu beachten sind. Nationale Bestimmungen über die Ermäßigung von Jahresgebühren im Zusammenhang mit Lizenzrechten und eventuelle Vorschriften über Stundungsmöglichkeiten und Zahlungsaufschub sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Unabhängig von den Angaben in Spalte 3 der nachstehenden Tabelle ist für alle Vertragsstaaten die in Artikel 141(2) vorgesehene Mindestfrist maßgebend, d. h. „nationale" Jahresgebühren für das europäische Patent, die innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents fällig werden, gelten als wirksam entrichtet, wenn sie innerhalb dieser Frist gezahlt werden. Eine nach nationalem Recht vorgesehene Zuschlagsgebühr wird nicht erhoben.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die in den Spalten 1 und 3 angegebenen Gebührenbeträge in verschiedenen Vertragsstaaten häufigen Änderungen unterliegen. Das EPA kann daher keine Gewähr für die Gültigkeit dieser Beträge übernehmen. Es ist jedoch wie schon bisher bemüht, über derartige Änderungen möglichst aktuell in seinem Amtsblatt zu berichten.

a) **Vertragsstaat** b) **Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren**	**1** **Höhe der Gebühren**	**2** **a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr)** **b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)**	**3** **Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr)** **a) Zeitraum** **b) Zuschlagsgebühr**
a) **Belgien** b) Art. 5 § 3 Ges. v. 8.7.77 Art. 9 Kgl. Erl. v. 27.2.81	FB 3.– 4. Jahr 500 pro Jahr 5.– 8. Jahr 1000 pro Jahr 9.–12. Jahr 2000 pro Jahr 13.–16. Jahr 3000 pro Jahr 17.–20. Jahr 4000 pro Jahr Art. 1 Ges. v. 26.6.78	a) der dem Anmeldetag entsprechende Tag Art. 9 Kgl. Erl. v. 27.2.81 b) 1 Monat Art. 3 und 22 PatG	a) Beginn des 2. bis Ende des 6. Monats ab Fälligkeitstag Art. 22 PatG b) 500 F Art. 2 Ges. v. 26.6.78
a) **Bundesrepublik Deutschland**[1] b) Art. II § 7 IntPatÜG	Jahr DM Jahr DM 3. 100 12. 1050 4. 100 13. 1300 5. 150 14. 1550 6. 225 15. 1800 7. 300 16. 2100 8. 400 17. 2400 9. 500 18. 2700 10. 600 19. 3000 11. 800 20. 3300 PatGebG v. 18.8.76	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 2 Monate § 17(1) u. (3) PatG	a) 4 Monate nach Ablauf des Monats, in dem eine Nachricht des Patentamts zugestellt worden ist b) 10% § 17(3) PatG PatGebG v. 18.8.76
a) **Frankreich** b) Art. 16 VO Nr. 78-1011 v. 10.10.78 Art. 41 PatG Art. 94 VO Nr. 79-822 v. 19.9.79 VO Nr. 81-599 v. 15.5.81	Jahr FF Jahr FF 3. 110 12. 870 4. 120 13. 1010 5. 145 14. 1135 6. 190 15. 1265 7. 260 16. 1520 8. 355 17. 1660 9. 470 18. 1825 10. 575 19. 2025 11. 740 20. 2290 Erl. v. 27.8.81	a) Die Zahlung muß vor Ablauf des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt, erfolgt sein b) Bei nicht ausreichender Zahlung ist keine Zuschlagsgebühr erforderlich, wenn der fehlende Betrag innerhalb der Frist zur Zahlung der Zuschlagsgebühr entrichtet wird Art. 94 VO 79-822 VO Nr. 81-599	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 2.–10. Jahr 100 FF 11.–20. Jahr 300 FF Art. 41 PatG; Erl. v. 27.8.81 Art. 70 VO Nr. 79-822
a) **Italien** b) Art. 14 VOPr Nr. 32 v. 8.1.79 Art. 47 Kgl. VO Nr. 1127	Jahr Lit Jahr Lit 3. 26000 12. 358000 4. 34000 13. 436000 5. 41000 14. 515000 6. 62000 15. 596000 7. 81000 16. 596000 8. 122000 17. 596000 9. 160000 18. 596000 10. 200000 19. 596000 11. 279000 20. 596000 Titel VIII VOPr Nr. 641	a) + b) Die Zahlung muß vor Ablauf des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt, erfolgt sein. Gebühren, die innerhalb von 4 Monaten nach Patenterteilung fällig werden, können ohne Zuschlag innerhalb dieser 4 Monate gezahlt werden Art. 47 Kgl. VO Nr. 1127; Titel VIII VOPr Nr. 641	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 41000 Lit Art. 47 Kgl. VO Nr. 1127; Titel VIII VOPr Nr. 641
Liechtenstein	siehe Schweiz		

[1] Das Deutsche Patentamt vergibt für europäische Patente eine nationale Patentnummer, die bei allen Zahlungen und Mitteilungen an dieses Amt anzugeben ist.

4 **Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung** **a) vorgesehen** **b) Zeitpunkt der Absendung**	5 **Wiedereinsetzung** **a) vorgesehen** **b) Frist zur Stellung des Antrags**	6 **Bestellung eines Inlandsvertreters für** **a) Zahlung der Gebühren** **b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung** **c) Wiedereinsetzungsverfahren**	7 **Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren**
a) nein b) ./.	a) ja b) Beginn des 7. bis Ende des 8. Monats ab Fälligkeitstag Art. 22 PatG	a) nein b) ./. c) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift	– Bestätigung der Nichtzahlung auf Antrag – Veröffentlichung in „Recueil des brevets“ Art. 22 PatG
a) ja b) gesetzlich nicht festgelegt § 17(3) PatG	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 1 Jahr nach Ablauf der versäumten Frist § 123 PatG	a) nein b) nein c) ja § 25 PatG	– Mitteilung an Anmelder gemäß § 17(3) PatG – Eintragung in die Patentrolle – Veröffentlichung im Patentblatt § 30(1) PatG
a) + b) ja, wenn die Zahlung nicht bis zum Fälligkeitstag erfolgt ist Art. 71 VO Nr. 79-822	a) ja b) 3 Monate nach Mitteilung des Beschlusses des Direktors des INPI gem. Art. 48(1) PatG Art. 48 u. 68(2) PatG	a) nein b) nein, es wird jedoch empfohlen, eine inländische Zustellanschrift anzugeben c) nein, wird jedoch Beschwerde vor dem Cour d'appel de Paris eingelegt, muß der Patentinhaber, wenn er an der mündlichen Verhandlung nicht teilnimmt, einen Vertreter bestellen	– Feststellung durch Beschluß des Direktors des INPI (Zustellung an Patentinhaber) – Veröffentlichung des Beschlusses im Bulletin Officiel – Eintragung im Patentregister Art. 48 PatG Art. 73 VO Nr. 79-822
a) nein b) ./.	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 1 Jahr nach Ablauf der versäumten Frist gem. Spalte 2 Art. 36 VOPr Nr. 338	a) + c) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift b) ./. Art. 13 VOPr Nr. 32 Art. 93 Kgl. VO Nr. 1127	– Mitteilung an interessierte Partei – Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Bulletin Art. 56 Kgl. VO Nr. 1127

a) Vertragsstaat **b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren**	**1** **Höhe der Gebühren**	**2** **a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr)** **b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)**	**3** **Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr)** **a) Zeitraum** **b) Zuschlagsgebühr**
a) **Luxemburg** b) Art. 10 Ges. v. 27.5.77	Jahr FL/FB Jahr FL/FB 3. 1000 12. 1500 4. 1100 13. 1500 5. 1200 14. 1500 6. 1300 15. 1500 7. 1400 16. 1500 8. 1500 17. 1500 9. 1500 18. 1500 10. 1500 19. 1500 11. 1500 20. 1500 Art. 8 PatG; VO v. 16.12.80 i.d.F. v. 24.12.82	a) der dem Anmeldetag entsprechende Tag b) die Zahlung muß spätestens am Jahrestag der Anmeldung erfolgen Art. 10 Ges. v. 27.5.77	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag[1)] b) 100 FL/FB Art. 10 Ges. v. 27.5.77 Art. 3 VO v. 16.12.80
a) **Niederlande** b) Art. 35 u. 49 PatG	Jahr hfl Jahr hfl 1. 480 10. 1225 2. 555 11. 1300 3. 630 12. 1400 4. 700 13. 1600 5. 775 14. 1700 6. 875 15. 1775 7. 975 16. 1850 8. 1075 17. 1950 9. 1150 18. 2025 Art. 17(8) PatV	a) + b) Die Zahlung muß vor Ablauf des Monats erfolgt sein, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt oder in dem die Frist nach Art. 141(2) EPÜ endet Art. 35(2) PatG Die Höhe der nach Patenterteilung zu zahlenden Gebühren berechnet sich beginnend mit der Gebühr für das erste Patentjahr, d.h. mit hfl 480	a) innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 10 hfl bei Zahlung innerhalb eines Monats nach Fälligkeit; danach hfl 50 Art. 49(1) PatG Art. 17(10) PatV
a) **Österreich** b) § 8 PatV-EG	Jahr S Jahr S 3. 700 12. 3000 4. 700 13. 4000 5. 800 14. 5000 6. 900 15. 6000 7. 1000 16. 8500 8. 1200 17. 11000 9. 1500 18. 13500 10. 2000 19. 17500 11. 2500 20. 22000 § 166(3) PatG § 8(2) PatV-EG	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) für die erste zu entrichtende Gebühr: 3 Monate nach Fälligkeit; die weiteren Gebühren sind bis zum Fälligkeitstag zu entrichten § 8 Abs. 3–5 PatV-EG	a) für die erste zu entrichtende Jahresgebühr: Beginn des 4. bis Ende des 12. Monats nach Fälligkeit; für die weiteren Jahresgebühren: 6 Monate nach Fälligkeit b) 20% § 8 Abs. 4 u. 5 PatV-EG

[1] Für die Frist zur Zahlung der Zuschlagsgebühr sind **nicht** die **nur** für nationale Patente geltenden Bestimmungen des Artikels 15 (3) PatG anzuwenden.

4 **Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung** **a) vorgesehen** **b) Zeitpunkt der Absendung**	5 **Wiedereinsetzung** **a) vorgesehen** **b) Frist zur Stellung des Antrags**	6 **Bestellung eines Inlandsvertreters für** **a) Zahlung der Gebühren** **b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung** **c) Wiedereinsetzungsverfahren**	7 **Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren**
a) nein b) ./.	a) + b) ja, unter bestimmten Voraussetzungen durch den zuständigen Minister	a) nein b) ./. c) ja	– es werden nur die *gezahlten* Jahresgebühren im Patentregister eingetragen Art. 15 PatG
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) innerhalb von 14 Tagen nach Fälligkeit (siehe auch Tabelle IV, Spalte 11) Art. 49(2) u. Art. 22 D(3) PatG	a) nein b) ./.	a) + b) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift (siehe auch Tabelle IV, Spalte 11) c) ./. Art. 29 O PatG	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt Art. 49(1) PatG
a) ja, aber unverbindlich b) – ca. 1 Monat nach Fälligkeit bei nicht erfolgter oder zu niedriger Einzahlung; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt – zu Beginn des 5. Monats nach Fälligkeit bei zu niedriger Einzahlung; Zahlungsaufforderungen werden jedoch ab 1.1.83 nicht mehr ins Ausland versandt (Österreichisches Patentblatt 1982, 28)	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses, spätestens 12 Monate nach Ablauf der versäumten Frist § 24 PatV-EG § 129 ff PatG	a) nein b) nein c) ja § 8(6) u. § 24 PatV-EG § 21(3) PatG	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt § 46, § 79, § 80 PatG

a) Vertragsstaat **b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren**	**1** **Höhe der Gebühren**	**2** **a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr)** **b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)**	**3** **Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr)** **a) Zeitraum** **b) Zuschlagsgebühr**
a) **Schweden** b) § 86 PatG	Jahr skr Jahr skr 3. 300 12. 1200 4. 300 13. 1500 5. 400 14. 1500 6. 400 15. 1900 7. 700 16. 1900 8. 700 17. 2300 9. 900 18. 2300 10. 900 19. 2700 11. 1200 20. 2700 § 46 PatV	a) der Tag, der dem Anmeldetag folgt b) ./. *zu a) ab 1. Oktober 1983: letzter Tag des Monats in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt; § 41 PatG* § 42 u. § 86 PatG	a) 6 Monate nach dem Fälligkeitstag b) 20% § 41 PatG, § 46 PatV
a) **Schweiz/ Liechtenstein** b) Art. 119 PatG	Jahr sfr Jahr sfr 3. 50 12. 270 4. 60 13. 310 5. 70 14. 350 6. 90 15. 400 7. 110 16. 450 8. 130 17. 500 9. 160 18. 550 10. 190 19. 600 11. 230 20. 700 GO (Anhang)	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 3 Monate nach dem Fälligkeitstag Art. 42 PatG	a) 3 Monate nach Ablauf der Frist gem. Sp. 2b) b) 100 sfr Art. 42 PatG; GO (Anhang)
a) **Vereinigtes Königreich** b) Art. 77 PatG 1977 Art. 25 PatG 1977	Jahr £ Jahr £ 5. 66 13. 140 6. 72 14. 154 7. 78 15. 170 8. 86 16. 186 9. 94 17. 200 10. 104 18. 214 11. 116 19. 234 12. 128 20. 256 Regel 39(2) PatV und Anhang I PatV 1983	a) + b) Die Zahlung muß innerhalb von 3 Monaten vor Ablauf des vorhergehenden Patentjahres erfolgen (Formblatt 12/77) Art. 25 PatG 1977 Regel 39(2) PatV	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 14 £ pro Monat (Formblatt 13/77) Art. 25(4) PatG Regel 39(6) PatV und Anhang I PatV 1983

4 **Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung** **a) vorgesehen** **b) Zeitpunkt der Absendung**	5 **Wiedereinsetzung** **a) vorgesehen** **b) Frist zur Stellung des Antrags**	6 **Bestellung eines Inlandsvertreters für** **a) Zahlung der Gebühren** **b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung** **c) Wiedereinsetzungsverfahren**	7 **Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren**
a) ja, aber unverbindlich; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) ca. 1 Monat nach Fälligkeit	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses, spätestens innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf der Nachfrist gem. Spalte 3	a) nein b) ./. c) ja	– Veröffentlichung im Patentblatt – Eintragung im Patentregister
	§ 72 PatG		§ 42 PatV
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) ca. 10 Wochen vor Ablauf der Nachfrist; die Aufforderung wird nicht ins Ausland versandt	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 1 Jahr nach Ablauf der versäumten Frist	a) nein b) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift c) ja	– Mitteilung an Patentinhaber – Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt
Art. 18 PatV	Art. 47 PatG	Art. 13 PatG	Art. 15 PatG Art. 18, 94, 117 PatV
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) innerhalb von 6 Wochen nach Fälligkeit (vgl. ABl. 1982, S. 232)	a)(ja b) innerhalb eines Jahres seit dem Tag an dem das Patent unwirksam geworden ist	a) nein b) + c) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift	– Mitteilung an Anmelder (notice of expiry) – Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im „Official Journal (Patents)“
Art. 25(5) PatG Regel 39(4) PatV	Art. 28 PatG Regel 41 PatV	Regel 30 PatV	Regel 42 PatV Art. 32(2) PatG Regel 48 PatV Art. 123(6) PatG

VII. Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente

1. Umwandlungsfälle

Gemäß Artikel 135(1) EPÜ kann die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines benannten Vertragsstaats das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents auf Antrag des Anmelders oder Inhabers eines europäischen Patents in folgenden Fällen einleiten:

a) wenn die Anmeldung nach Artikel 77 Absatz 5 (verspätete Übermittlung der europäischen Anmeldung durch die nationalen Behörden) oder Artikel 162 Absatz 4 (Behandlung der europäischen Patentanmeldung ist infolge der Beschränkung des Verfahrens auf bestimmten Gebieten der Technik nicht möglich) als zurückgenommen gilt[1]

b) in sonstigen vom nationalen Recht vorgesehenen Fällen, in denen nach dem EPÜ die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen worden ist.

2. Frist zur Einreichung des Umwandlungsantrags

Der Umwandlungsantrag muß innerhalb von drei Monaten nach dem Tag eingereicht werden an dem

a) die europäische Patentanmeldung zurückgenommen worden ist oder

b) die Mitteilung, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, zugestellt worden ist, oder

c) die Entscheidung über die Zurückweisung der Anmeldung oder über den Widerruf des europäischen Patents zugestellt worden ist.

Wird der Antrag nicht rechtzeitig eingereicht, so erlischt die Wirkung des europäischen Patents als vorschriftsmäßige nationale Hinterlegung (Artikel 135 Absatz 2 EPÜ).

3. Einreichung des Umwandlungsantrags

a) Der Umwandlungsantrag ist, mit Ausnahme des Falls, daß die europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 77 Absatz 5 als zurückgenommen gilt, beim EPA zu stellen. Er gilt erst als gestellt, wenn die Umwandlungsgebühr in Höhe von DM 60,– (bzw. der entsprechende Gegenwert gemäß Artikel 6 Absatz 4 Gebührenordnung) an das EPA entrichtet worden ist (Artikel 136 Absatz 1 EPÜ).

b) Ist dem Anmelder die Mitteilung zugestellt worden, daß die europäische Patentanmeldung nach Artikel 77 Absatz 5 als zurückgenommen gilt, so ist der Umwandlungsantrag bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zu stellen, bei der die Anmeldung eingereicht worden ist (Artikel 136 Absatz 2 EPÜ).

4. Übermittlung des Antrags

a) Das EPA übermittelt die bei ihm einzureichenden Umwandlungsanträge (vgl. 3a) den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten und fügt eine Kopie der Akten der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents bei (Artikel 136 Absatz 1 EPÜ).

b) Ist der Umwandlungsantrag bei einer nationalen Patentbehörde zu stellen (vgl. 3b), so leitet diese, vorbehaltlich der Vorschriften über nationale Sicherheit den Antrag mit einer Kopie der europäischen Patentanmeldung unmittelbar an die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der vom Anmelder im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten weiter. Wird der Umwandlungsantrag nicht innerhalb von zwanzig Monaten nach dem Anmelde- bzw. Prioritätstag weitergeleitet, so erlischt die in Artikel 66 EPÜ vorgeschriebene Wirkung, d. h. die europäische Patentanmeldung hat in den benannten Vertragsstaaten nicht die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung (Artikel 136 Absatz 2 EPÜ).

5. Erläuterungen zur Tabelle

Die nachstehende Tabelle enthält für alle Vertragsstaaten des EPÜ Informationen über die nach nationalem Recht vorgesehenen Umwandlungsfälle sowie Wissenswertes über die bei den zuständigen nationalen Behörden vorzunehmenden Umwandlungsformalitäten, die hierfür geltenden Fristen und Vorschriften über die Vertretung oder Angabe von Zustellanschriften, wenn der Anmelder oder sein Vertreter vor dem EPA in den betreffenden Vertragsstaaten weder Sitz noch Wohnsitz hat.

Für alle nach Artikel 136 EPÜ übermittelten europäischen Patentanmeldungen findet die Vorschrift nach Artikel 137 Absatz 1 Anwendung, wonach diese Anmeldungen nicht solchen Formerfordernissen des nationalen Rechts unterworfen werden dürfen, die von denen abweichen, die im EPÜ vorgesehen sind oder über sie hinausgehen.

Unter der in der Tabelle genannten Übersetzung ist eine Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in der ursprünglichen Fassung und gegebenenfalls in der im Verfahren vor dem EPA geänderten Fassung, die der Anmelder dem nationalen Verfahren zugrunde zu legen wünscht, zu verstehen (Artikel 137 Absatz 2(b) EPÜ).

[1] Artikel 162 Absatz 4 ist für Anmeldungen, die ab 1. Dezember 1979 eingereicht wurden, nicht mehr relevant (ABl. 10/1979, S. 443). Dieser Umwandlungsfall ist deshalb in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Vertragsstaat	1 Umwandlungs-fälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlands-vertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Belgien	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ	Entrichtung der a) nationalen Anmeldegebühr (250 FB + 25 FB für jede über 10 hinausgehende Seite der Beschreibung und der Zeichnungen) b) 1. Jahresgebühr (500 FB) c) Stempelgebühr für die Patenturkunde (90 FB) d) Stempelgebühr für jedes Zeichnungsblatt (90 FB) e) Stempelgebühr für Duplikat der Beschreibung und Patentansprüche (mémoire descriptif) (90 FB) f) Einreichung einer Übersetzung der Patentanmeldung einschließlich Zusammenfassung und ggf. Zeichnungen in 2 Exemplaren (siehe auch Spalte 5!) g) Evtl. Zahlung weiterer fällig gewordener Jahresgebühren	3 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags beim belgischen Amt	Nicht erforderlich, jedoch Angabe einer inländischen Zustellanschrift	Die in Spalte 2f genannte Übersetzung ist in einer der im „Königlichen Erlaß vom 18.7.66 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung" vorgeschriebenen nationalen Sprache einzureichen (siehe auch Tabelle III B Spalte 10). Sofern eine Übersetzung nicht erforderlich ist: Einreichung einer Kopie der Anmeldung einschließlich der Zusammenfassung und der der Beschreibung sowie ggf. der Zusammenfassung beigefügten Zeichnung(en), jeweils in zweifacher Ausfertigung, unter Beachtung der für belgische Patente geltenden Bestimmungen
	Art. 8 Ges. v. 8.7.77	Art. 8 Ges. v. 8.7.77 Art. 10 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Reg. Erl. v. 26.6.47 i.d.F.d. Kgl. Erl. v. 18.4.67 (siehe auch Tabelle VIII Spalte 3)	Art. 8 Ges. v. 8.7.77	Art. 12 Kgl. Erl. v. 27.2.81	Art. 10(2) Kgl. Erl. v. 27.2.81
Bundesrepublik Deutschland	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (DM 100,–) b) Einreichung einer deutschen Übersetzung der Patentanmeldung in zwei Exemplaren	a) 2 Monate nach Zustellung einer Aufforderung des DPA Artikel II § 9(1) IntPatÜG b) 3 Monate nach Zustellung der o.g. Aufforderung	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen	
	Art. II § 9(1) IntPatÜG	Art. II § 9(1) u. (2) IntPatÜG	Artikel II § 9(2) IntPatÜG	§ 25 PatG	

Vertragsstaat	1 Umwandlungs-fälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlands-vertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Frankreich	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (250 FF + 100 FF je Anspruch ab dem 11.) b) Entrichtung der Gebühr für die Erstellung eines Berichts zum Stand der Technik (2650 FF), wenn der Anmelder keine Verschiebung der Erstellung beantragt hat c) Einreichung einer französischen Übersetzung in 3 Exemplaren d) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder in Frankreich weder Sitz noch Wohnsitz hat	2 Monate nach Veröffentlichung eines Hinweises auf die Umwandlung im Bulletin officiel de la propriété industrielle (BOPI) Im Fall von Patentanmeldungen, die nicht veröffentlicht werden dürfen: 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags bei INPI	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen a) bis c); der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen	Der Umwandlungsantrag kann sowohl bei INPI in Paris als auch den Zweigstellen in Bordeaux, Lyon, Marseille oder Straßburg eingereicht werden – PIBD 1981 I 15, 36 INPI veröffentlicht, vorbehaltlich der Bestimmungen über die nationale Sicherheit, einen Hinweis auf die Umwandlung im Bulletin officiel de la propriété industrielle (BOPI) innerhalb eines Monats nach Eingang des Umwandlungsantrags. Für die Herstellung und Übermittlung von Kopien der europäischen Anmeldung an die Bestimmungsstaaten erhebt INPI eine Gebühr von 150 FF zuzüglich 50 FF je Seite und Ausfertigung Wegen der Zahlung von Jahresgebühren vgl. Art. 15 VO Nr. 78-1011
	Art. 11(1) Ges. Nr. 77-683	Art. 5(3) u. 17 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 19.9.79 u. 27.8.81	Art. 5(3) VO Nr. 78-1011	Art. 2 VO Nr. 79-822	Art. 5(2) u. 19 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 27.8.81
Italien	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ; Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist (siehe auch Spalte 5)	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (21.000 Lit) b) Entrichtung der Jahresgebühren für das 1.–3. Patentjahr (56.000 Lit) c) Entrichtung der Veröffentlichungsgebühr (je nach Umfang 30.000–596.000 Lit + 20.000 Lit pro Zeichnungsblatt) d) Einreichung einer italienischen Übersetzung in 2 Exemplaren e) Angabe einer Zustellanschrift in Italien (siehe Spalte 5)	a)–d): Nach einer Aufforderung des italienischen Patentamts, die eine Frist von mindestens 2 Monaten enthält	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Es ist jedoch eine Zustellanschrift in Italien anzugeben	Zu Spalte 2e): Das italienische Patentamt fordert den Anmelder zunächst auf, eine Zustellanschrift anzugeben; erst danach ergeht eine Aufforderung gem. Spalte 3 In den in Spalte 1 genannten Umwandlungsfällen kann gleichzeitig mit der Umwandlung der europ. Patentanmeldung die Gewährung eines Gebrauchsmusters beantragt werden (Art. 6(3) VOPr Nr. 32) Eine europ. Patentanmeldung, die vom EPA zurückgewiesen wurde, die zurückgenommen wurde oder als zurückgenommen gilt, kann in eine nationale Gebrauchsmusteranmeldung umgewandelt werden
	Art. 6 VOPr Nr. 32	Art. 7(2) VOPr Nr. 32	Art. 7(2) VOPr Nr. 32		(Art. 6(2) VOPr Nr. 32)
Liechtenstein	siehe Schweiz				

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Luxemburg	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (100 FL/FB) b) Entrichtung der 1. Jahresgebühr (700 FL/FB) und der weiteren am Eingangstag des Umwandlungsantrags fälligen Jahresgebühren c) Entrichtung der Veröffentlichungsgebühr (175 FL/FB) d) Einreichung einer Übersetzung in die deutsche oder französische Sprache in 2 Exemplaren e) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz im Großherzogtum hat	3 Monate nach einer Aufforderung des luxemburgischen Amts für geistiges Eigentum	Die in Spalte 2 a)–d) genannten Handlungen müssen, mit Ausnahme der Zahlung von Gebühren, von einem in Luxemburg zugelassenen Vertreter vorgenommen werden	
	Art. 11 Ges. v. 27.5.77	Art. 13 Ges. v. 27.5.77	Art. 13 Ges. v. 27.5.77	Art. 9 PatG	
Niederlande	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (280 hfl + 6.50 hfl pro Seite der Beschreibung und Zeichnungen) b) Einreichung einer niederländischen Übersetzung in 3 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder in den Niederlanden weder Sitz noch Wohnsitz hat	a) und b) 3 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags c) 4 Monate nach einer Aufforderung des niederländischen Patentamts	Die in Spalte 2a) u. b) genannten Handlungen können vom Anmelder oder von seinem nationalen Vertreter vorgenommen werden	Auf Verlangen des niederländischen Patentamts ist eine Beglaubigung der in Spalte 2b) genannten Übersetzung einzureichen
	Art. 29 H PatG	Art. 29 I (3) PatG	Art. 29 I (3) PatG Art. 22 A (4) PatG		Art. 29 I (3) PatG

Vertragsstaat	1 Umwandlungs-fälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlands-vertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Österreich	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (550 S) b) Einreichung einer deutschen Übersetzung in 2 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen berufsmäßigen Vertreters, wenn der Anmelder in Österreich weder Sitz noch Wohnsitz hat	a) u. b) 3 Monate nach einer Aufforderung des Österreichischen Patentamts c) Werden die Handlungen in Spalte 2a) u. b) von einem nicht bevollmächtigten Vertreter vorgenommen, so sind sie nur wirksam, wenn dieser eine Vollmacht innerhalb von 2 Monaten nach einer Aufforderung des Österreichischen Patentamts vorlegt	Alle Handlungen im Zusammenhang mit der Umwandlung müssen von einem österreichischen Patent- oder Rechtsanwalt vorgenommen werden	
	§ 9(1) PatV-EG	§ 9(2) PatV-EG, § 166(1) PatG, § 24 PatV-EG, §§ 21, 77 PatG	§ 9(2) PatV-EG	§ 24 PatV-EG, § 21 PatG	
Schweden	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (800 skr + 100 skr für jeden über 10 hinausgehenden Patentanspruch) b) Einreichung einer schwedischen Übersetzung in 2 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Schweden hat	a) u. b) 3 Monate nach der Bestätigung des Eingangs des Umwandlungsantrags durch das Schwedische Patentamt § 66(1) PatV c) Sobald als möglich nach Stellung des Umwandlungsantrags	Die in Spalte 2a) u. b) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen	Der Umwandlungsantrag muß, wenn die europäische Patentanmeldung bei einer anderen nationalen Behörde erfolgt ist, innerhalb einer Frist von 20 Monaten ab Anmelde- bzw. Prioritätstag beim Schwedischen Patentamt eingehen
	§ 93(1) PatG	§ 93(1) PatG § 66(2) PatV		§ 12 PatG	§ 93(1) PatG

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Schweiz/ Liechtenstein	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ. Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist. Zurücknahme oder Zurückweisung der Anmeldung oder Widerruf des Patents mit Wirkung für die Schweiz/ Liechtenstein aufgrund einer Feststellung des EPA, daß sie/es nicht Artikel 54(3) und (4) EPÜ entspricht	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (80 sfr + 30 sfr pro Anspruch ab dem 11.) b) Einreichung einer Übersetzung in einer der schweizerischen Amtssprachen in einem Exemplar c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder in der Schweiz weder Sitz noch Wohnsitz hat d) Zahlung bereits fällig gewordener Jahresgebühren	a)–c) 2 Monate nach einer Aufforderung des BAGE d) 6 Monate nach einer Aufforderung des BAGE (ab 4. Monat mit Zuschlag)	Die in Spalte 2a, b) und d) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen	zu Spalte 2: Hat der Anmelder seinen Sitz oder Wohnsitz im Ausland, wird er zunächst aufgefordert, innerhalb von 2 Monaten einen schweizerischen Vertreter zu bestellen. Danach wird der Vertreter aufgefordert, die weiteren Handlungen vorzunehmen zu Spalte 2b: Texte in den Zeichnungen können, sofern sie zulässig sind, im nationalen Verfahren übersetzt werden. Eine Übersetzung des Antrags und des Recherchenberichts ist nicht erforderlich
	Art. 121 PatG	Art. 13, 49(3), 123 PatG; Art. 118 PatV	Art. 118 PatV	Art. 13 PatG	
Vereinigtes Königreich	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der Umwandlungsgebühr (10 £) b) Entrichtung der Anmeldegebühr (10 £) c) Entrichtung der Gebühr für die vorläufige Prüfung und Recherche (70 £) d) Einreichung einer englischen Übersetzung in 2 Exemplaren e) Einreichung der Erfinderbenennung	– Wenn das UK-Patentamt Anmeldeamt ist: a) Bei Einreichung des Umwandlungsantrags (Formblatt 41/77) b)–e) 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags (Formblatt 41/77) – Wenn das UK-Patentamt nicht Anmeldeamt ist: a)–e) 2 Monate nach einer Mitteilung des UK-Patentamts	Die in Spalte 2a), b) und d) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden. Die anderen Handlungen können vom Anmelder oder einem nationalen Vertreter vorgenommen werden. Eine Vollmacht wird nur verlangt, wenn der nationale Vertreter nach Beginn des Verfahrens vor dem UK-Patentamt wechselt oder ein Vertreter bestellt wird, nachdem der Anmelder das Verfahren selbst eingeleitet hat	zu Spalte 2: Es sind folgende Formblätter zu benutzen: 7/77 für 2e) 9/77 für 2c) 40/77 für 2b) 41/77 für 2a) (41/77 nur wenn das UK-Patentamt Anmeldeamt ist)
	Art. 81(1b) PatG	Art. 81(2c) PatG Regel 81, 82 PatV Anhang I PatV 1983	Regel 81(2), 82(2) PatV	Regel 90 PatV	Regel 81 PatV

VIII. Zahlung von Gebühren

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des EPÜ sind eine Reihe „nationaler Gebühren" an die Patentbehörden der Vertragsstaaten zu zahlen (siehe Tabellen II, III, IV, VI, VII).

Zur Erleichterung dieser Gebührenzahlungen sind in der folgenden Tabelle nützliche Informationen über nationale Bestimmungen, Konten der Patentbehörden, zugelassene Zahlungsarten sowie über den Zeitpunkt, zu dem Gebührenzahlungen als bewirkt angesehen werden, zusammengestellt.

Auf allgemein übliche Regeln des Zahlungsverkehrs, wie z. B. Angabe des Einzahlers, des Zahlungszwecks, der Patentanmelde- oder Veröffentlichungsnummer wird nicht besonders hingewiesen.

Hinweise auf Banken, Postämter oder Postscheckämter betreffen nur die Institute und Behörden im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaates.

Bei allen Zahlungen ist zu berücksichtigen, daß Geldinstitute, besonders bei aus dem Ausland eingehenden Überweisungen, möglicherweise Spesen und Gebühren erheben, die nicht zu Lasten der nationalen Patentbehörden gehen dürfen.

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Belgien	Kgl. Erl. v. 29.9.58	Ministère des Affaires économiques – Service de la Propriété industrielle et commerciale 1040 Bruxelles Compte de chèques postaux n° 000-2005880-17	a) Jahresgebühren ab dem 2. Patentjahr und Wiedereinsetzungsgebühr: aa) Einzahlung auf Postscheckkonto ab) Postanweisung ac) Überweisung auf Postscheckkonto ad) Zahlungsanweisung (par assignation) ae) Bankscheck af) internationale Postanweisung b) erste Jahresgebühr, Anmeldegebühr, Gebühr für Zusatzpatente: ba) durch Gebührenmarken bb) durch Bankscheck in FB und auf eine BE-Bank gezogen (nur für Anmelder, die die Anmeldung per Post aus dem Ausland übermitteln und nicht durch einen Vertreter mit Wohnsitz in BE zahlen) Art. 1–4 Erl. v. 29.9.58	zu aa) und ab) Datum des Poststempels auf dem Einzahlungsschein oder der Postanweisung (bei direkt an das Postscheckamt gerichteten Postanweisungen ist der Tag gemäß "zu ac" maßgebend) zu ac) Gutschrift auf dem Postscheckkonto gem. Spalte 2 zu ad) Tag der Belastung des Kontos des Ausstellers durch das Postscheckamt zu ae) und af) Tag des Eingangs beim BE-Patentamt zu ba) und bb) Eingang der Gebührenmarken oder des Bankschecks beim BE-Patentamt Art. 5 Erl. v. 29.9.58
Bundesrepublik Deutschland	PatGebG GebzahlungsVO	Deutsches Patentamt Postscheckamt München 79 191-803 (BLZ 700 100 80) Landeszentralbank München 700010 54 (BLZ 700 000 00)	a) Übergabe oder Übersendung von: Gebührenmarken Schecks auf ein Kreditinstitut in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) gezogen Postschecks und Postüberweisungsaufträgen b) Überweisung oder Postscheck c) Zahlkarte oder Postanweisung d) Barzahlung § 1 GebzahlungsVO	zu 3a) Tag des Eingangs beim DPA. Bei Schecks, Postschecks, Postüberweisungsaufträgen: nur sofern Einlösung bei Vorlage erfolgt zu 3b) Tag, der sich aus Tagesstempel des Postscheckamts ergibt bzw. bei Banküberweisung Tag der Gutschrift auf einem Konto des DPA zu 3c) Tag, der sich aus Tagesstempel des Aufgabepostamts ergibt zu 3d) Tag des Eingangs bei der Amtskasse des DPA oder bei der Zahlstelle der Dienststelle Berlin des DPA. Bei Zahlung aus dem Ausland: – durch Überweisung auf Postscheckkonto: Tag des Stempelabdrucks des DE-Postscheckamts – mit Postanweisung: Tag des Tagesstempels eines DE-Postamts. Im übrigen: Tag der Gutschrift auf einem der Konten des DPA § 3 GebzahlungsVO

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Frankreich	VO Nr. 79-822 VO Nr. 81-599 Erl. v. 28.2.80	Institut national de la propriété industrielle CCP 9060-17 PARIS Compte bancaire à la Société Générale 89, rue de Clichy 75009 PARIS Agence L: 30003 03120 000 502 60140 66	a) Barzahlung b) Postscheck c) Bankscheck d) Postanweisung (mandat-lettre) e) Post-/Banküberweisung f) Postanweisung (mandat-carte) Art. 5 Erl. v. 27.8.81	zu a) Tag des Eingangs der Zahlung bei INPI zu b) – d) Bei Übersendung: Tag der Aufgabe zur Post (Poststempel) Bei Übergabe: Tag des Eingangs bei INPI zu e) Tag der Gutschrift auf einem der Konten gem. Spalte 2 zu f) Tag der Ausstellung der Postanweisung (Poststempel) Art. 5 Erl. v. 27.8.81
Italien	VO Nr. 641	a) Jahresgebühren für europäische Patente: c/c n. 810 160 08 Ufficio del Registro Affitti e Tasse sulle concessioni governative Roma, per imposta brevetti europei b) Sonstige Gebühren: c/c n. 006 680 04 Ufficio del Registro Concessioni governative Roma	Einzahlung bei allen italienischen Postämtern mit vorgeschriebenem Einzahlungsschein (Ch 8 quater). Der Einzahlungsbeleg (4. Abschnitt) ist dem italienischen Zentralpatentamt vorzulegen. Auf der Rückseite des ersten und vierten Abschnitts ist der Zweck der Zahlung anzugeben. Bei Zahlungen aus dem Ausland akzeptiert das IT-Patentamt auch Auslandspostüberweisungen (Mindestbetrag Lit 500)	Tag der Einzahlung bei einem inländischen Postamt (Tagesstempel); der Tagesstempel des Postamts ist auch maßgebend, wenn die Zahlung über eine Bank erfolgt; in diesem Fall sollte die Bank beauftragt werden, den Einzahlungsbeleg an das IT-Patentamt zu senden
Liechtenstein	siehe Schweiz			
Luxemburg	PatG Min. Erl. v. 9.11.45 (Artikel 3) VO v. 16.12.80 i.d.F.d. VO v. 24.12.82	Einnehmer der Enregistrement-Verwaltung Bureau des chèques postaux Luxembourg compte n° 24373-26 Caisse d'Epargne de l'Etat Luxembourg compte n° 1002/4423-5	a) Barzahlung b) Bankscheck c) Bank- oder Postüberweisung/Einzahlung	zu 3a), b) und c) Tag der Vereinnahmung der Beträge durch den zuständigen Einnehmer der Enregistrement-Verwaltung
Niederlande	PatG PatV	Postgirorekening 17300 Octrooiraad, Rijswijk ZH	a) Barzahlung b) Überweisung oder Einzahlung auf das Girokonto c) Scheck in hfl d) Abbuchung von einem laufenden Konto beim Octrooiraad	zu 3a) und 3c) Tag des Eingangs der Zahlung oder des Schecks beim Octrooiraad zu 3b) Tag der Gutschrift auf dem Girokonto gem. Spalte 2 zu 3d) Tag des Eingangs des Abbuchungsauftrags Art. 33(2) PatV

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Österreich	PMV	Österreichisches Patentamt 1014 Wien Postscheckkonto 5160.000	a) Einzahlung auf das Postscheckkonto b) Überweisung auf das Postscheckkonto § 4 PMV	zu 3a) Tag der Einzahlung bei einem inländischen Postamt (nach Vorlage des Einzahlungsbelegs beim AT-Patentamt) zu 3b) Tag der Gutschrift auf dem Postscheckkonto gem. Spalte 2 § 4 PMV
Schweden	PatG PatV	Kungl. Patent- och registreringsverket Postgiro 15684-4	a) Barzahlung b) Postanweisung c) Scheck, der auf eine schwedische Bank gezogen ist und an die Order des SE-Patentamts lautet, in schwedischer Währung d) (Telegraphische) Überweisung auf eine schwedische Bank zugunsten des Postscheckkontos gemäß Spalte 2	zu 3a) Tag des Eingangs der Zahlung beim SE-Patentamt zu 3b) Tag der Einreichung bei einem SE-Postamt zu 3c) Tag des Eingangs des Schecks beim SE-Patentamt zu 3d) Tag der Gutschrift des Gebührenbetrags auf dem Postscheckkonto gem. Spalte 2
Schweiz/ Liechtenstein siehe Seite 63				
Vereinigtes Königreich	PatG PatV	United Kingdom Patent Office Bank of England Paymaster General Cash Account 25021001* (Trade and Industry Cash Account 13644) * Nur für Banküberweisungen	a) Barzahlung b) Geldanweisung (money order) c) Banküberweisung d) Übergabe oder Übersendung von Bankschecks Den Anmelde/Erneuerungsunterlagen, die sich auf Gebührenzahlungen beziehen, ist ein Gebührenformblatt (Form FS/1) oder ein entsprechendes Formblatt, in dem die einzelnen Gebühren aufgeführt sind, beizufügen	zu 3a) Zeitpunkt der Zahlung beim UK-Patentamt zu 3b) und d) Tag des Eingangs beim UK-Patentamt zu 3c) Tag der Gutschrift auf dem Konto gem. Spalte 2

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Schweiz/ Liechtenstein	GO	Bundesamt für geistiges Eigentum Postscheckkonto Bern 30-4000	a) Einzahlung oder Überweisung auf Postscheckkonto b) Postanweisung c) Übergabe oder Übersendung von Schecks, die auf ein Bankinstitut in der Schweiz gezogen sind und an die Order des Amtes lauten d) Belastung eines beim Amt bestehenden Kontokorrents e) Barzahlung Art. 4 GO	zu 3a) Einzahlung: Tag der Einzahlung bei einem CH-Postamt Bei Zahlung aus dem Ausland: Tag der Gutschrift auf dem Konto des BAGE sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Zahlung bei einer CH-Poststelle nachgewiesen wird zu 3a) Überweisung: Tag der Aufgabe des Überweisungsauftrags bei der CH-Post. Bei Zahlung aus dem Ausland: Tag, an dem der erste schweizerische Poststempel auf der Gutschriftanzeige angebracht wurde, sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Überweisungsanzeige bei einer CH-Poststelle nachgewiesen wird Art. 6 GO zu 3b) Tag der Einzahlung bei einem CH-Postamt. Bei Zahlung aus dem Ausland: Tag der Auszahlung der Postanweisung an das BAGE oder Tag, an dem der Betrag der Postanweisung dem Postscheckkonto gem. Spalte 2 gutgeschrieben wird sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Zahlung bei einer CH-Poststelle nachgewiesen wird Art. 7 GO zu 3c) Tag, an dem der Scheck dem BAGE übergeben wird Bei Übersendung: Tag, an dem der erste CH-Poststempel auf der Sendung angebracht wurde, sofern nicht nachgewiesen wird, daß die Sendung schon früher bei einer CH-Poststelle eingegangen ist Art. 8 GO zu 3d) Tag, an dem der schriftliche Belastungsauftrag dem BAGE übergeben wird Bei Übersendung: wie „zu 3c“ Art. 9 GO zu 3e) Tag des Eingangs der Zahlung beim BAGE

IX. Verschiedenes

Die nachstehende Tabelle informiert über

a) die nach Artikel 167 Absatz 2 EPÜ möglichen Vorbehalte

b) den Erlaß nationaler Vorschriften zur Frage des Doppelschutzes nach Artikel 139 Absatz 3 EPÜ

c) den räumlichen Anwendungsbereich des EPÜ gemäß Artikel 168 Absatz 3 EPÜ

a) Vorbehalte

In Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a bis d EPÜ sind die möglichen Vorbehalte im einzelnen aufgezählt. Vorbehalte gemäß Artikel 167 Absatz 2 EPÜ hat lediglich ein Vertragsstaat gemacht und zwar hinsichtlich der Wirksamkeit des Schutzes für chemische Erzeugnisse als solche oder für Nahrungs- oder Arzneimittel als solche (Artikel 167 Absatz 2 (a)) sowie hinsichtlich der Verbindlichkeit des Anerkennungsprotokolls (Artikel 167 Absatz 2 (d)).

b) Doppelschutz

Nach Artikel 139 Absatz 3 EPÜ kann jeder Vertragsstaat vorschreiben, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Erfindung, die sowohl in einer europäischen Patentanmeldung oder einem europäischen Patent als auch in einer nationalen Patentanmeldung oder einem nationalen Patent mit gleichem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, mit gleichem Prioritätstag offenbart ist, gleichzeitig durch europäische und nationale Anmeldungen oder Patente geschützt werden kann.

Welche Vorschriften zu Artikel 139 Absatz 3 EPÜ im einzelnen erlassen wurden, geht aus Spalte 2 dieser Tabelle hervor.

c) Räumlicher Anwendungsbereich

Nach Artikel 168 Absatz 1 kann jeder Vertragsstaat in seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Notifikation an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklären, daß das Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete anzuwenden ist, für deren auswärtige Beziehungen er verantwortlich ist. Die für den betreffenden Vertragsstaat erteilten europäischen Patente haben auch in den Hoheitsgebieten Wirkung, für die eine solche Erklärung wirksam ist.

Wie sich die Situation hinsichtlich des räumlichen Anwendungsbereichs in den einzelnen Vertragsstaaten derzeit darstellt, ergibt sich aus Spalte 3 der Tabelle.

Vertragsstaat	1 Vorbehalte nach Art. 167(2) EPÜ	2 Doppelschutz zugelassen? Art. 139(3) EPÜ	3 Räumlicher Anwendungsbereich des EPÜ (Art. 168 EPÜ)
Belgien	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen das europ. Patent abgelaufen ist, ohne daß Einspruch eingelegt worden ist oder b) das Einspruchsverfahren unter Aufrechterhaltung des europ. Patents rechtskräftig abgeschlossen ist Art. 7(1) Ges. v. 8.7.77	Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien
Bundesrepublik Deutschland	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. II § 8(1) IntPatÜG	Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin Art. XI § 2 IntPatÜG
Frankreich	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) +b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt. Art. 13 Ges. Nr. 77-683	Hoheitsgebiet der Französischen Republik einschließlich der Französischen Süd- und Antarktisgebiete,, Wallis und Futuna sowie dem Département Saint-Pierre und Miquelon Art. 17 Ges. Nr. 77-683
Italien	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 8 VOPr Nr. 32	Hoheitsgebiet der Italienischen Republik
Liechtenstein	siehe Schweiz		
Luxemburg	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 15 Ges. v. 27.5.77	Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg
Niederlande	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 52 PatG	Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande, jedoch nicht das Gebiet der niederländischen Antillen Art. 29 M (1), 30(4), 32, 34(2) PatG

Vertragsstaat	1 Vorbehalte nach Art. 167(2) EPÜ	2 Doppelschutz zugelassen? Art. 139(3) EPÜ	3 Räumlicher Anwendungsbereich des EPÜ (Art. 168 EPÜ)
Österreich	ja; Vorbehalte nach Art. 167 Absatz 2 Buchstabe a) u. d) EPÜ[1)]	Der Doppelschutz wird nicht ausgeschlossen	Hoheitsgebiet der Republik Österreich
Schweden	nein	Der Doppelschutz wird nicht ausgeschlossen	Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden
Schweiz/ Liechtenstein	nein	nein; das nationale Patent hat von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien Art. 125 PatG	Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Fürstentums Liechtenstein Vertr. CH/LI v. 22.12.78
Vereinigtes Königreich	nein	Der "comptroller" kann das nationale Patent nach dem Zeitpunkt widerrufen, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 73 PatG	Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Insel Man[2)] Art. 131, 132 PatG

[1] Aufgrund des Vorbehalts gemäß Artikel 167 Absatz 2 Buchstabe a EPÜ können europäische Patente mit Wirkung für Österreich nichtig erklärt werden, soweit sie Schutz für chemische Erzeugnisse als solche oder für Nahrungs- oder Arzneimittel als solche gewähren; dieser Vorbehalt berührt nicht den Schutz aus dem Patent, soweit es ein Verfahren zur Herstellung oder Verwendung eines chemischen Erzeugnisses oder ein Verfahren zur Herstellung eines Nahrungs- oder Arzneimittels betrifft. (Wegen der in diesem Fall zulässigen gesonderten Patentanspruchsreihen vgl. ABl. 6–7/1979, S. 289 u. 292 und ABl. 2/1980, S. 48 u. 49).

[2] Europäische Patente (UK) können aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen in Anguilla, Belize, den Falkland Inseln, Gibraltar, Hong Kong (siehe ABl. 9/1979, S. 391), Jersey, St. Vincent und Tuvalu registriert werden. Wegen der Möglichkeit, europäische Patente (UK) in weiteren überseeischen Gebieten bzw. Staaten registrieren zu lassen vgl. die Informationen in ABl 7/1983, S. 308.

NATIONALES RECHT ZUM EPÜ

Beilage zur 3. Auflage Mai 1983

Schweiz/Liechtenstein

Gesetzgebung

I. Änderung der Gebührenordnung

Der Schweizerische Bundesrat hat am 14. September 1983 eine Änderung der Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für geistiges Eigentum (Gebührenverordnung) beschlossen*.

Die revidierte Gebührenverordnung tritt am **1. Januar 1984** in Kraft. Sie sieht unter anderem eine Erhöhung der Gebührensätze, eine Ermäßigung für bestimmte Gebühren, sofern die Gebührenzahlung mit einem vom Bundesamt für geistiges Eigentum (BAGE) ausgestellten speziellen Einzahlungsschein erfolgt, und eine Änderung der Bestimmungen über den maßgebenden Zahlungstag bei Überweisungen auf das Postscheckkonto des BAGE vor.

Die neuen Beträge sind auf Gebühren anwendbar, die ab **2. Januar 1984** fällig werden.

Die neuen Gebühren und Bestimmungen sind, soweit sie auch für europäische Patentanmeldungen und Patente maßgebend sind, nachstehend im einzelnen wiedergegeben.

I.1 Jahresgebühren

3. Jahr	sfr 100
4. Jahr	sfr 110
5. Jahr	sfr 130
6. Jahr	sfr 150
7. Jahr	sfr 170
8. Jahr	sfr 200
9. Jahr	sfr 230
10. Jahr	sfr 260
11. Jahr	sfr 300
12. Jahr	sfr 340
13. Jahr	sfr 390
14. Jahr	sfr 440
15. Jahr	sfr 490
16. Jahr	sfr 540
17. Jahr	sfr 600
18. Jahr	sfr 660
19. Jahr	sfr 730
20. Jahr	sfr 800
Ermäßigung für jede Jahresgebühr (bei Zahlung auf das Postscheckkonto des BAGE mittels Einzahlungsschein mit Referenznummer (VESR))	sfr 15
Zuschlagsgebühr	sfr 100

I.2 Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente

Anmeldegebühr	sfr 100
Anspruchsgebühr für den elften und jeden weiteren Patentanspruch	sfr 40

I.3 Maßgebender Zahlungstag bei Überweisungen auf das Postscheckkonto des BAGE

Werden Gebühren durch Überweisung auf das Postscheckkonto des BAGE entrichtet, so gilt als Zahlungstag

a. der Tag der Gutschrift auf dem Konto des Amtes, sofern nicht das Datum der Verarbeitung durch die schweizerische Post oder der Tag der Aufgabe des Überweisungsauftrags an diese nachgewiesen wird;

b. bei Überweisungsaufträgen mit Valutadatum in jedem Fall der Tag der Gutschrift auf dem Konto des Amtes;

c. bei Zahlungen aus dem Ausland der Tag, an dem der erste schweizerische Poststempel auf der Gutschriftsanzeige angebracht wurde, sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Überweisungsanzeige bei einer schweizerischen Poststelle nachgewiesen wird.

II. Berichtigung der Informationsbroschüre "Nationales Recht zum EPÜ" (3. Auflage)

Bezieher der Informationsbroschüre des EPA "Nationales Recht zum EPÜ" werden gebeten, die in den Tabellen VI, Spalten 1 und 3, VII, Spalte 2a) und VIII, Spalte 4 zu 3a) genannten Gebührensätze und Textstellen entsprechend zu berichtigen.

Frankreich

Gesetzgebung

I. Einreichung europäischer Patentanmeldungen und anderer Unterlagen bei der regionalen Dienststelle Rennes

Aufgrund des Erlasses des Ministers für Industrie und Forschung vom 16. September 1983[1] können europäische Patentanmeldungen mit Wirkung ab **3. Oktober 1983** bei der regionalen Dienststelle Rennes des *Institut national de la propriété industrielle* eingereicht werden.

Durch Beschluß Nr. 83—425[2] des Direktors des *Institut national de la propriété industrielle* ist diese Dienststelle darüber hinaus ermächtigt worden, ebenfalls mit Wirkung ab **3. Oktober 1983** Übersetzungen der europäischen Patentschrift und der Ansprüche europäischer Patentanmeldungen, sowie Anträge auf Umwandlung europäischer Patentanmeldungen in französische Patentanmeldungen entgegenzunehmen.

Die Anschrift der Dienststelle lautet:

Centre régional de Rennes
de l'Institut national de la propriété industrielle
201b, avenue de Général Patton
35000 Rennes

II. Ergänzung der Informationsbroschüre "Nationales Recht zum EPÜ"

Bezieher der Informationsbroschüre des EPA "Nationales Recht zum EPÜ (3. Auflage)" werden gebeten, Spalte 5 der Tabelle II, Spalte 10 der Tabelle IIIB, Spalte 11 der Tabelle IV sowie Spalte 5 der Tabelle VII bezüglich Frankreich entsprechend zu ergänzen.

I. Neuer Gebührenerlaß

Mit Ministerialerlaß vom 21. März 1984[1] sind die Gebühren des *Institut national de la propriété industrielle* geändert worden.

Anmelder und Inhaber europäischer Patente mit Wirkung in Frankreich werden darauf hingewiesen, daß ab 1. April 1984(*) bzw. 1. Juli 1984(**) folgende Gebührensätze gelten:

I.1 Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67 (3) EPÜ:

FF 110(*)

I.2 Einreichung von Übersetzungen der Patentschrift nach Artikel 65 EPÜ:

FF 110(*)

I.3 Jahresgebühren:

	FF	FF
3. Jahr	120(*)	130(**)
4. Jahr	130(*)	140(**)
5. Jahr	160(*)	175(**)
6. Jahr	210(*)	230(**)
7. Jahr	285(*)	310(**)
8. Jahr	390(*)	425(**)
9. Jahr	510(*)	560(**)
10. Jahr	635(*)	685(**)
11. Jahr	810(*)	880(**)
12. Jahr	955(*)	1035(**)
13. Jahr	1165(*)	1235(**)
14. Jahr	1270(*)	1395(**)
15. Jahr	1415(*)	1550(**)
16. Jahr	1660(*)	1810(**)
17. Jahr	1810(*)	1975(**)
18. Jahr	1995(*)	2170(**)
19. Jahr	2210(*)	2410(**)
20. Jahr	2515(*)	2740(**)

Zuschlagsgebühr zur dritten bis zehnten Jahresgebühr: FF 110(*)

Zuschlagsgebühr zur elften bis zwanzigsten Jahresgebühr: FF 330(*)

* Schweizerisches Patent-, Muster- und Markenblatt 1983, S. 61.

[1] Journal officiel 1983, S. 8807.

[2] Propriété industrielle Bulletin documentaire 1983 I—81.

[1] PISD 1984, 343, I-31.

I.4 Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente:

Anmeldegebühr: FF 250 (unverändert) + FF 110(*) je Anspruch ab dem 11.

Gebühr für die Erstellung eines Berichts zum Stand der Technik:
FF 2650 (unverändert)

Herstellung und Übermittlung von Kopien der europäischen Patentanmeldung an die Bestimmungsstaaten:
FF 165(*) + FF 5 (unverändert) je Seite und Ausfertigung

II. Berichtigung der Informationsbroschüre "Nationales Recht zum EPÜ"

Benützer der Informationsbroschüre des EPA "Nationales Recht zum EPÜ" werden gebeten, die in den Tabellen III.B Spalten 2 und 9, IV Spalten 3 und 10, VI Spalten 1 und 3 und VII Spalten 2 und 5 genannten Gebührensätze entsprechend zu berichtigen.

Österreich

Gesetzgebung

I. Patent- und Markengebühren-Novelle 1984

Am 1. April 1984 ist das Bundesgesetz vom 7. März 1984, BGBl. Nr. 53, mit dem das Patentgesetz- und das Markenschutzgesetz geändert werden (Patent- und Markengebühren-Novelle 1984)[1], in Kraft getreten.

Anmelder und Inhaber europäischer Patente mit Wirkung in Österreich werden darauf hingewiesen, daß ab 1. April 1984 folgende Gebührensätze gelten:

I.1 Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67 (3) EPÜ:

S 800 zuzüglich S 350 für die sechste und jede folgende Seite der Übersetzung.

I.2 Einreichung von Übersetzungen der Patentschrift nach Artikel 65 EPÜ:

S 800 zuzüglich S 350 für die sechste und jede folgende Seite der Übersetzung sowie S 350 für das dritte und jedes weitere Blatt der dazugehörenden Zeichnungen.

I.3 Jahresgebühren:

3. Jahr	800 S
4. Jahr	800 S
5. Jahr	900 S
6. Jahr	1 000 S
7. Jahr	1 100 S
8. Jahr	1 300 S
9. Jahr	1 600 S
10. Jahr	2 200 S
11. Jahr	2 700 S
12. Jahr	3 300 S
13. Jahr	4 400 S
14. Jahr	5 500 S
15. Jahr	6 500 S
16. Jahr	9 500 S
17. Jahr	12 000 S
18. Jahr	15 000 S
19. Jahr	19 000 S
20. Jahr	24 000 S

I.4 Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente:

Anmeldegebühr 600 S

II. Berichtigung der Informationsbroschüre "Nationales Recht zum EPÜ"

Bezieher der Informationsbroschüre des EPA "Nationales Recht zum EPÜ" werden gebeten, die in den Tabellen III.B Spalten 2 und 9, IV Spalten 3 und 10, VI Spalte 1 und VII Spalte 2 genannten Gebührensätze entsprechend zu berichtigen.

Ferner muß der Text in Tabelle II Spalte 5 der Informationsbroschüre für Österreich wie folgt lauten:

"Mit Einreichung der Anmeldung ist eine Stempelgebühr in Höhe von S 120 zu zahlen. Ist auch Österreich benannt, erhöht sich diese Gebühr auf S 400. BGBl. Nr. 587/1983."

Vereinigtes Königreich

Gesetzgebung

I. The Patents (Amendment) Rules 1984.

Mit den Patents (Amendment) Rules 1984 vom 5. März 1984[1] sind die Patentgebühren im Vereinigten Königreich erhöht worden.

Anmelder und Inhaber europäischer Patente mit Wirkung im Vereinigten Königreich werden darauf hingewiesen, daß ab 6. Juni 1984 folgende Gebührensätze gelten:

I.1 Jahresgebühren

	£
5. Jahr	70
6. Jahr	76
7. Jahr	82
8. Jahr	90
9. Jahr	98
10. Jahr	110
11. Jahr	122
12. Jahr	134
13. Jahr	146
14. Jahr	162
15. Jahr	178
16. Jahr	194
17. Jahr	210
18. Jahr	224
19. Jahr	246
20. Jahr	268

Zuschlagsgebühr: 15 £ pro Monat (höchstens für 6 Monate)

I.2 Umwandlung europäischer Patentanmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente:

Umwandlungsgebühr	10 £
Anmeldegebühr	10 £
Gebühr für die vorläufige Prüfung und Recherche	75 £

II. Fortschreibung der Informationsbroschüre "Nationales Recht zum EPÜ"

Bezieher der Informationsbroschüre des EPA "Nationales Recht zum EPÜ" werden gebeten, die in den Tabellen VI Spalten 1 und 3 und VII Spalte 2 genannten Gebührensätze entsprechend zu berichtigen.

[1] Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich Nr. 53/1984.

[1] Statutory instruments 1984 No. 283.

3. Auflage Mai 1983

Nationales Recht zum EPÜ

Übersicht über in den Vertragsstaaten geltende Rechtsvorschriften und Erfordernisse für europäische Patentanmeldungen und Patente

VORBEMERKUNG ZUR 3. AUFLAGE

Die große Nachfrage nach der Informationsbroschüre „Nationales Recht zum EPÜ" und inzwischen eingetretene Änderungen in der nationalen Gesetzgebung und Praxis der Patentbehörden haben eine Neuauflage erforderlich gemacht.

Die nachstehende Übersicht soll den Benützern der 2. Auflage eine schnelle Orientierung über die wichtigsten Änderungen und Ergänzungen in der 3. Auflage ermöglichen.

Seite 9, Spalte 3, Nummer 7 (BE)
Seite 10, Spalte 3, Nummer 13 (BE)
Seite 11, Spalte 3, Nummer 3 (FR)
Seite 12, Spalten 1–2, Nummer 5 (IT)
Seite 14, Spalten 1–2, Nummer 3 (LU)
Seite 14, Spalten 1, 2, 4, Nummer 5 (LU)
Seite 16, Spalten 1–2, Nummern 1, 2 (SE)
Seite 17, Spalten 1–4, Nummer 4 (SE)
Seite 17, Spalten 1–4, Nummer 3 (GB)
Seite 29, Spalte 10 (DE)
Seite 30, Spalte 2 (IT)
Seite 32, Spalte 3 (SE)
Seite 37, Spalte 11 (BE)
Seite 38, Spalten 3, 5 (IT)
Seite 39, Spalte 11 (NL)
Seiten 40/41, Spalten 4, 11 (SE)
Seite 41, Spalte 11 (AT)
Seite 46, Spalten 1, 3 (IT)
Seite 46, Fußnote 1 (DE)
Seite 48, Spalte 1 (LU)
Seite 48, Fußnote 1 (LU)
Seite 50, Spalten 1, 3 (GB)
Seite 50, Spalte 2 (SE)
Seite 55, Spalte 2 (IT)
Seite 58, Spalte 2 (GB)
Seite 61, Spalte 3 (IT)
Seite 67, Fußnote 2 (GB)

Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets